



DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN IM RAHMEN DES VERTRAGS VON LISSABON

JAHRESBERICHT
2014-2015



Europäisches Parlament

DE

DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



751 MEPs



Die Bürgerinnen und Bürger sind auf EU-Ebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.

Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.



Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelt werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Eine Konferenz der Europa-Ausschüsse der Parlamente kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

Jahresbericht 2014/2015

**Die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den
nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon**

Dies ist eine Publikation der Direktion des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, die Bestandteil der Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ist.

Direktorin: Christine Verger, christine.verger@ep.europa.eu

Leiter des Referats Institutionelle Zusammenarbeit: Pekka Nurminen,
pekka.nurminen@ep.europa.eu

Leiterin des Referats Legislativer Dialog: Patrizia Maria Prode, patrizia.prode@ep.europa.eu

Manuskript erstellt von: Michael Alfons, michael.alfons@ep.europa.eu

Redaktionsschluss: 29. April 2016

relnatparl@ep.europa.eu

www.europarl.europa.eu/relnatparl

Foto Titelseite: Eröffnungssitzung der „Europäischen Parlamentarischen Woche“ 2015, Europäisches Parlament, Brüssel, 3. Februar 2015.

Alle Fotos und Abbildungen (c) Europäische Union, 2016.

Die Direktion für die Beziehungen zu den Nationalen Parlamenten berät die politischen Gremien, die Mitglieder und das Sekretariat des Europäischen Parlaments bei ihrer institutionellen Zusammenarbeit und im Hinblick auf den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten. Sie unterstützt interparlamentarische Aktivitäten, trägt zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrages über die interparlamentarische Zusammenarbeit im EP bei und bietet fachliche Beratung während des gesamten Rechtsetzungsprozesses und anderen politischen Zuständigkeiten des EP.

Die Direktion für die Beziehungen zu den Nationalen Parlamenten agiert als Wissenszentrum für Informationen über nationale Parlamente und informiert die Verwaltung des Europäischen Parlaments über bewährte Praktiken in nationalen Parlamenten. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie verwaltet die Beziehungen mit den Beamten, die die nationalen Parlamente in Brüssel vertreten und pflegt enge Kontakte mit ihren Verwaltungen.

JAHRESBERICHT 2014/2015

INHALT

Vorbemerkung von den für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständigen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments.....	4
1. Einleitung.....	7
2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit.....	7
2.1. Die Wahlen zum Europäischen Parlament, das neue Europäische Parlament und die neue Kommission.....	7
2.2. Interparlamentarische Zusammenarbeit zur Wirtschaftspolitischen Steuerung.....	9
2.3. Interparlamentarische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.....	12
2.4. Die nationalen Parlamente im europäischen Kontext.....	14
3. Institutionalisierte parlamentarische Zusammenarbeit.....	17
3.1. Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC).....	17
3.2. Die Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU (EU-PPK).....	20
4. Interparlamentarische Sitzungen.....	23
4.1. Interparlamentarische Sitzungen – gezielterer Austausch zwischen Experten.....	23
4.2. Bilaterale Besuche – eine flexible und wirksame Formel.....	24
4.3. Videokonferenzen.....	25
5. Frühwarnsysteme und der informelle politische Dialog.....	26
6. Instrumente zum Informationsaustausch und zur Vernetzung.....	28
6.1. Interparlamentarischer EU-Informationstausch.....	28
6.2. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD).....	30
6.3. Andere Instrumente.....	31
ANHÄNGE.....	34
ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten.....	34
ANHANG II - Von Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel organisierte interparlamentarische Treffen.....	38
ANHANG III - Besuche der nationalen Parlamente beim Europäischen Parlament.....	41
ANHANG IV - Daten zum Frühwarnmechanismus.....	45
ANHANG V - Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD).....	47

Vorbemerkung von den für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständigen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments

Dies ist der vierte Jahresbericht über die Entwicklungen der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon, der von der Direktion des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten veröffentlicht wird. Der letzte Jahresbericht 2013/2014 enthielt zwar einige der Ereignisse vom Beginn des Jahres 2014, wegen der Wahlen zum Europäischen Parlament ist aber kein gesonderter Bericht für dieses Jahr herausgegeben worden. Der vorliegende Bericht enthält einen Rückblick auf die restlichen Ereignisse des Jahres 2014 und auf alle Ereignisse des Jahres 2015. Außerdem beleuchtet er die aktuellen Trends in der interparlamentarischen Zusammenarbeit.

Die interparlamentarische Zusammenarbeit findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern wird durch aktuelle politische Entwicklungen geformt. In den letzten zwei Jahren stand die Europäische Union vielen Herausforderungen gegenüber – und steht ihnen nach wie vor gegenüber. Migration, die Wirtschafts- und Finanzkrise, Terrorismus, Jugendarbeitslosigkeit, Kriege und Unruhen in unserer Nachbarschaft sowie der Klimawandel haben uns vor Augen geführt, wie vernetzt und voneinander abhängig unsere Länder geworden sind und wie schwierig es mitunter dennoch sein kann, gemeinsame Antworten auf diese Herausforderungen zu finden.

Diese Herausforderungen haben in den letzten beiden Jahren viele interparlamentarische Debatten beherrscht. Das Europäische Parlament betrachtet die interparlamentarischen Sitzungen als Foren der Begegnung und der gegenseitigen Bereicherung zwischen der europäischen und der nationalen Politik, von denen beide Seite profitieren. Wie in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. April 2014 über Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten festgestellt wurde, dienen „diese Sitzungen insbesondere dazu, den nationalen Parlamenten die Berücksichtigung der europäischen Perspektive in den nationalen Debatten und dem Europäischen Parlament die Berücksichtigung der nationalen Perspektiven in der europäischen Debatte zu ermöglichen.“

In seiner Entschließung von 2014 unterstreicht das Europäische Parlament, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit folgende Ziele habe: „Förderung des Austauschs von Informationen und bewährten Praktiken zwischen den nationalen Parlamenten und dem

Europäischen Parlament, um diesen Akteuren zu ermöglichen, ihre Kontrolle effektiver auszuüben und einen umfassenderen Beitrag zu leisten, ohne ihre jeweiligen Befugnisse einzuschränken“, „Sicherstellung einer uneingeschränkten Ausübung der parlamentarischen Befugnisse in Bezug auf EU-Angelegenheiten“ und „Förderung einer wirklich europäischen parlamentarischen und politischen Dimension.“

Heute findet eine solche Zusammenarbeit in vielen verschiedenen Formen statt, darunter auch den folgenden: Konferenzen und Sitzungen, Besuche und Videokonferenzen, Online-Netzwerke und Datenbanken. Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten hat in den Jahren 2014 und 2015 wie in den Vorjahren auch unermüdlich gearbeitet, um dafür Sorge zu tragen, dass Mitglieder und Bedienstete des Europäischen Parlaments die richtigen Instrumente zur Verfügung haben, um ihre Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten zu verbessern. Die maßgeschneiderten Dienstleistungen, die von der Direktion erbracht wurden, reichen von der Vorbereitung von Briefings und Erläuterungen, über die Organisation von Sitzungen und Videokonferenzen, bis zur Pflege von Informationsnetzwerken, wie etwa IPEX und ECPRD oder Neuentwicklungen wie zum Beispiel der Datenbank „entsprechende Ausschüsse“ oder der wieder eingeführten „Connect“-Datenbank mit Dokumenten der nationalen Parlamente.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit in diesen turbulenten Zeiten dazu beitragen kann, Brücken zu bauen und ein gemeinsames Verständnis zu fördern, und sind zuversichtlich, dass der vorliegende Bericht die Breite und Tiefe aufzeigt, die diese Zusammenarbeit heute schon erreicht hat.



Ramón Luis Valcárcel Siso
Vizepräsident



Anneli Jäätteenmäki
Vizepräsidentin

1. Einleitung

Der vorliegende Jahresbericht baut auf den früheren Berichten auf, die von der Direktion für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten herausgegeben wurden. In ihm werden eine Reihe wichtiger Entwicklungen und Trends in der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Laufe der letzten beiden Jahre angeführt, bevor die institutionelle parlamentarische Zusammenarbeit und die interparlamentarischen Sitzungen genauer analysiert werden, die in diesem Zeitraum stattgefunden haben.

Nach der Darlegung des aktuellen Stands der Dinge folgen Kapitel über den Frühwarnmechanismus, den informellen politischen Dialog und Instrumente für den Austausch von Informationen und zum Aufbau von Netzen. Detaillierte statistische Informationen finden sich in den Anhängen.

Frühere Jahresberichte sowie aktuelle Nachrichten, Publikationen und Statistiken können auf der Website der Direktion für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments abgerufen werden: www.europarl.europa.eu/relnatparl.

2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit

2.1. Die Wahlen zum Europäischen Parlament, das neue Europäische Parlament und die neue Kommission

Im Jahr 2014 war die politische Landschaft der Europäischen Union von den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai und von dem Eintreffen einer neuen Kommission im November geprägt. Erstmals sind die beiden Ereignisse durch den „Spitzenkandidaten“-Prozess verknüpft worden, in dessen Rahmen politische Gruppen im Wahlkampf Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufgestellt haben.

Für das Europäische Parlament boten die Wahlen zum Europäischen Parlament außerdem die Gelegenheit einer Bestandsaufnahme und der Weiterentwicklung seiner Beziehungen zu den nationalen Parlamenten. Für die Kommission unterstrich deren neuer Präsident Jean-Claude Juncker, dass die Beziehungen der Kommission zum Europäischen Parlament die Quelle der demokratischen Legitimation der Kommission seien. Außerdem gab er seine Absicht bekannt, eine neue Partnerschaft mit den nationalen Parlamenten schmieden zu wollen.

Wie schon im Jahr 2009 nutzte das Europäische Parlament das Ende der Legislaturperiode dazu, eine Bestandsaufnahme der interparlamentarischen Zusammenarbeit durchzuführen und Vorschläge für deren zukünftige Entwicklung zu unterbreiten. Gestützt auf einen Bericht, der von dem Vorsitzenden des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, Carlo Casini, erstellt worden war, nahm das Europäische Parlament am 16. April 2014 eine Entschließung zu den Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten an (2013/2185(INI)). In der Entschließung begrüßte das Europäische Parlament die Maßnahmen, die seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ergriffen worden sind, um die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zu stärken.

In der Entschließung wurden mehrere Vorschläge unterbreitet, um diesen Dialog zu vertiefen. Dazu gehören beispielsweise eine stärkere Zusammenarbeit in bestimmten legislativen Fragen auf Ebene der Berichterstatter oder regelmäßige, thematisch strukturierte und ergebnisreiche Sitzungen zwischen den Fraktionen und den europäischen Parteien im Rahmen der Vereinbarungen zur interparlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb der Union. Das Europäische Parlament betonte außerdem, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit stets darauf abzielen müsse, „die richtigen Personen zum richtigen Zeitpunkt zum richtigen Thema“ und in sinnvoller Weise zusammenzubringen, damit die Entscheidungen in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen vom *Mehrwert* eines echten Dialogs und einer ordentlichen Debatte profitieren könnten, und vertrat die Auffassung, dass die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC) das Forum für den regelmäßigen Austausch von Meinungen, Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf praktische Aspekte der parlamentarischen Kontrolle bleiben sollte.

Das Europäische Parlament sorgte während der gesamten Wahlperiode für einen kontinuierlichen Dialog mit den nationalen Parlamenten und nahm aktiv an den institutionellen interparlamentarischen Treffen teil, die in den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten organisiert wurden (beispielsweise an der Konferenz der Präsidenten der Parlamente in der EU, die im April 2014 in Vilnius stattfand oder an der Plenarsitzung der COSAC, die im Juni 2014 in Athen stattfand).

Die interparlamentarischen Aktivitäten im Europäischen Parlament erhielten trotz eines natürlichen Rückgangs der Zahl der interparlamentarischen Treffen, die von den Ausschüssen des Europäischen Parlaments während der Wahlperiode organisiert worden waren, nach den Wahlen durch den Einzug einer Vielzahl neuer Mitglieder, die Einrichtung der parlamentarischen Ausschüsse und die umfangreiche politische Tagesordnung auf EU-Ebene neuen Auftrieb. Im Jahr 2015 organisierten die Ausschüsse mehr Debatten mit nationalen Parlamenten als in den meisten Vorjahren, dazu gehörten auch andere Aktivitäten, wie etwa Delegationsbesuche oder Videokonferenzen. Diese Entwicklungen werden im Kapitel 4 über interparlamentarische Treffen ausführlicher beschrieben; detaillierte statistische Informationen finden sich in den Anhängen.

Für die neue Kommission nahm die „besondere Partnerschaft“ mit dem Europäischen Parlament einen ebenso wichtigen Platz auf ihrer politischen Tagesordnung ein, wie die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten. In seinen Arbeitsaufträgen an die designierten Kommissionsmitglieder (den sogenannten „Mission Letters“) unterstrich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach seiner Wahl im Jahr 2014, dass die „Beziehung der Kommission zu dem Europäischen Parlament die Quelle unserer demokratischen Legitimierung“ sei. Was die nationalen Parlamente betrifft, so betonte Präsident Juncker, dass er von allen „Kommissionsmitgliedern verlange, sich zu einer neuen Partnerschaft mit den nationalen Parlamenten zu verpflichten“.

Die Kommission hat über diese Verpflichtung in ihrem Arbeitsprogramm für 2016, das am 27. Oktober 2015 angenommen wurde, Bilanz gezogen. Dort heißt es: „Im vergangenen Jahr haben wir die Beziehungen und den Dialog der Kommission mit den nationalen Parlamenten intensiviert, zum einen im Wege von Treffen und durch einen Gedankenaustausch mit parlamentarischen Ausschüssen, zum anderen durch eine erneuerte Verpflichtung zum politischen Dialog über Vorschlagsentwürfe.“ Anschließend gab die Kommission ihre Absicht bekannt, „daran anknüpfend im Jahr 2016 weitere Schritte zu unternehmen, um den nationalen Parlamenten eine starke Stimme in der europäischen Politik zu verleihen“.

2.2. Interparlamentarische Zusammenarbeit zur Wirtschaftspolitischen Steuerung

In den letzten beiden Jahren haben das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente ihren Dialog auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitischen Steuerung weiter konsolidiert. Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente in der Europäischen Union im April 2015 hat die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union am 10. November 2015 ihre Geschäftsordnung angenommen. Durch diese Einigung über Verfahrensregeln sollte die Konferenz in die Lage versetzt werden, sich voll und ganz auf den Kern der kommenden politischen Herausforderungen zu konzentrieren.

Während die Grundprinzipien der demokratischen Legitimität und Rechenschaftspflicht auf der Ebene gewährleistet werden müssen, auf der die Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, hat das Europäische Parlament lange Zeit die Auffassung vertreten, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit beim Austausch von Gedanken und bewährter Verfahren auf dem Gebiet der wirtschaftspolitischen Steuerung eine wichtige ergänzende Rolle spielen müsse. In diesem Zusammenhang ist es durchaus angebracht, die Entwicklung dieser Zusammenarbeit im Rückblick genauer zu betrachten, auch wenn sie zeitlich vor dem Berichtszeitraum der vorliegenden Publikation liegt.

Hintergrund

Im März 2011 organisierte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise ein Treffen mit den Abgeordneten der nationalen Parlamente, um mit ihnen die ersten Erfahrungen mit dem „Europäischen Semester“ zu besprechen (dem Jahreszyklus der wirtschaftspolitischen Steuerung und Überwachung der EU, der damals eingeführt worden ist). Das Europäische Parlament organisierte auf Initiative seiner Ausschüsse für Wirtschaft und Währung, Beschäftigung und Soziales und des Haushaltsausschusses im Februar 2012 eine interparlamentarische Veranstaltung über das Europäische Semester für wirtschaftspolitische Koordinierung. Im Januar 2013 wurde dieses Treffen weiter entwickelt und in „Europäische Parlamentarische Woche“ umbenannt, die seitdem jedes Jahr zu Jahresbeginn organisiert worden ist.

In Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion („Fiskalpakt“) wurde die Organisation einer „Konferenz von Vertretern der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und von Vertretern der zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente“ vorgesehen, „um die Haushaltspolitik und andere von diesem Vertrag erfasste Angelegenheiten zu diskutieren“. Während der Konferenz der Präsidenten der Parlamente in der EU in Nicosia im April 2013 wurde eine Einigung zur Umsetzung der Bestimmungen dieses Artikels des Vertrags erzielt. Die in Artikel 13 des Fiskalpakts genannte Interparlamentarische Konferenz kam dann erstmals vom 16. bis 17. Oktober 2013 in Vilnius zusammen und wurde vom litauischen Parlament organisiert.

Wichtige Entwicklungen 2014

Die zweite Konferenz nach Artikel 13 wurde von dem Europäischen Parlament zusammen mit dem griechischen Parlament in Brüssel organisiert. Unter dem Titel „Europäische Parlamentarische Woche“ wurde sie mit der interparlamentarischen Veranstaltung des Europäischen Semesters verbunden, die vom Europäischen Parlament organisiert wurde.

Vom 20. bis 22. Januar 2014 kamen auf der Europäischen Parlamentarischen Woche etwa 140 Mitglieder nationaler Parlamente, 60 Mitglieder des Europäischen Parlaments und etwa 100 Beamte aus den nationalen Parlamenten zusammen.

Zu den hochrangigen Rednern gehörten der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, der Präsident des griechischen Parlaments, Vangelis Meimarakis, der Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy und der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert. Die Themen, die zur Diskussion standen, reichten von der Bewältigung der makroökonomischen Ungleichgewichte in Europa über die demokratische Legitimität der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa bis zur verbesserten steuerpolitischen Überwachung in der WWU.

Die dritte Konferenz wurde vom italienischen Parlament vom 29. bis 30. September 2014 in Rom organisiert. Die Delegation des Europäischen Parlaments bestand aus 14 Mitgliedern und wurde von dem Vizepräsidenten Olli Rehn und Roberto Gualtieri, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, gemeinsam geleitet. Im Mittelpunkt der Debatten standen die Rolle von Investitionen bei der Schaffung von Wachstumsanreizen, die Instrumente für die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung in der EU, die Bankenunion sowie die Koordinierung der verschiedenen steuerpolitischen Strategien der einzelnen Mitgliedstaaten mit besonderem Augenmerk auf der digitalen Wirtschaft. Die Abschlussitzung der Veranstaltung wurde der Diskussion der für die Konferenz vorgeschlagenen Geschäftsordnung gewidmet.

Wichtige Entwicklungen 2015

Vom 3. bis 4. Februar 2015 fand im Europäischen Parlament in Brüssel die Europäische Parlamentarische Woche 2015 statt. Auf der Veranstaltung kamen etwa 70 MdEP und rund 110 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der ganzen EU zusammen, um wirtschaftliche und soziale Fragen sowie Haushaltsfragen zu erörtern.

Im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche fanden zwei Veranstaltungen statt. Die erste Veranstaltung war ein Interparlamentarisches Treffen zu den Zyklen 2014 und 2015 des Europäischen Semesters im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Berichte des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Prioritäten für den nächsten Semesterzyklus auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts. Ziel war die Stärkung der demokratischen Dimension des EU-Beschlussfassungsprozesses und die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament, um die Maßnahmen der Exekutive auf nationaler und europäischer Ebene im Rahmen des Semesterzyklus zu kontrollieren.

Die zweite Veranstaltung war die Interparlamentarische Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag). Die Konferenz wurde von dem lettischen Parlament und dem Europäischen Parlament gemeinsam organisiert und geleitet. Auf dieser Veranstaltung sollten Themen erörtert werden, die dem Geltungsbereich von Artikel 13 des SKS-Vertrags unterliegen, wobei das neue Infrastrukturprogramm der Europäischen Union, bewährte Praktiken bei der Umsetzung des Fiskalpakts und die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion besondere Schwerpunkte sein sollten.

Zu den Rednern auf der Europäischen Parlamentarischen Woche 2015 gehörten der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, die Präsidentin des lettischen Parlaments, Ināra Mūrniece, der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker und Pierre Moscovici, Europäischer Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, Besteuerung und Zoll.

Das Herbsttreffen der „Artikel-13-Konferenz“ wurde von der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung am 9. und 10. November in Luxemburg organisiert. Die Delegation des Europäischen Parlaments bestand aus 12 Mitgliedern und wurde von Roberto Gualtieri, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, geleitet. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die soziale Dimension der WWU, die parlamentarische Kontrolle, einen fairen Steuerwettbewerb und Wirtschaftswachstum. Hauptredner waren der Präsident der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung, Mars Di Bartolomeo, der luxemburgische Ministerpräsident, Xavier Bettel sowie Alain Lamassoure, MdEP, und Roberto Gualtieri.

Im Anschluss an lange Verhandlungen und auf der Grundlage der Prinzipien, die auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente in der EU in Rom im April 2015 vereinbart worden waren, nahm die Interparlamentarische Konferenz in Luxemburg außerdem ihre Geschäftsordnung an. In der Geschäftsordnung heißt es: „Die Konferenz erhält entsprechend Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion die Bezeichnung „Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union“ (...).“

Laut ihrer Geschäftsordnung soll die Interparlamentarische Konferenz einen „Rahmen für Debatten und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Vertragsbestimmungen“ bieten, mit dem Ziel, „die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zu stärken und zur Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der WWU unter Berücksichtigung der sozialen Dimension und unbeschadet der Zuständigkeiten der EU-Parlamente beizutragen.“

In der Geschäftsordnung ist auch vorgegeben, dass die Interparlamentarische Konferenz abgestimmt auf den Zyklus des Europäischen Semesters „mindestens zweimal jährlich tagt. Im ersten Semester jedes Jahres findet die Konferenz in Brüssel statt und wird gemeinsam vom jeweiligen Präsidiumsparlament und vom Europäischen Parlament ausgerichtet und geleitet. Im zweiten Semester jedes Jahres findet die Konferenz in dem Mitgliedstaat statt, der die EU-Ratspräsidentschaft innehat; den Vorsitz führt das jeweilige Präsidiumsparlament.“

Bei allen Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung erfolgt die Beschlussfassung im Konsensverfahren und die „Änderungsanträge, müssen dem von der Konferenz der Präsidenten der EU-Parlamente festgelegten Rahmen entsprechen.“ Gemäß den Leitlinien zur interparlamentarischen Zusammenarbeit, die von den Präsidenten der nationalen Parlamente und dem Europäischen Parlament im Jahr 2008 in Lissabon vereinbart worden sind, überwacht die Konferenz der Präsidenten „die Koordinierung der interparlamentarischen Aktivitäten in der EU“. Deshalb war es besonders wichtig, dass das Europäische Parlament in diese Geschäftsordnung einen speziellen Hinweis auf den von der Konferenz der Präsidenten festgelegten Rahmen aufgenommen hat.

Durch diese Einigung über Verfahrensregeln sollte die Konferenz in die Lage versetzt werden, sich voll und ganz auf den Kern der kommenden politischen Herausforderungen zu konzentrieren. Dies wurde in den thematischen Diskussionen während der ersten Interparlamentarischen Konferenz, die nach Inkrafttreten der Geschäftsordnung organisiert wurde, unter Beweis gestellt. Am 17. Februar 2016 luden der Präsident der Generalstaaten der Niederlande und das Europäische Parlament die nationalen Parlamente zur „Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union“ ein. Am 16. Februar 2016 lud das Europäische Parlament nationale Parlamente außerdem zum interparlamentarischen Treffen über die Zyklen des Europäischen Semesters 2015/2016 ein. Die beiden Veranstaltungen waren Bestandteil der 2016-Ausgabe der Europäischen Parlamentarischen Woche und wurden von etwa 45 Mitgliedern des Europäischen Parlaments, 130 Mitgliedern nationaler Parlamente und 120 begleitender Beamter besucht.

Der Interparlamentarische Dialog über die Wirtschaft und verwandte Fragen wurden auch außerhalb der Europäischen Parlamentarischen Woche und der Interparlamentarischen Konferenz fortgesetzt. In den letzten beiden Jahren setzten die Ausschüsse des Europäischen Parlaments ihre Praxis fort, zielgerichtete Debatten mit ihren Partnergremien aus den nationalen Parlamenten abzuhalten. Im September 2014 und 2015 organisierte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung seinen jährlichen Meinungsaustausch mit den nationalen Parlamenten, um den Entwurf seines Berichts über das Europäische Semester zu besprechen. Im Juni 2015 lud der Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (TAXE) des Europäischen Parlaments nationale Parlamente außerdem zu einem Meinungsaustausch zum Thema „Aggressive Steuerplanung und demokratische Kontrolle: Die Rolle der Parlamente“ ein.

2.3. Interparlamentarische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik

Die Interparlamentarische Konferenz (IPK) über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist eine wichtige Plattform für interparlamentarische Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat und wird regelmäßig von etwa 100 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments häufig nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem essenziell wichtigen Politikbereich ergänzt wird.

Im Jahr 2014 fanden die vierte sowie die fünfte Interparlamentarische Konferenz für GASP/GSVP in Athen (3. und 4. April) und in Rom (5. bis 7. November) statt. Im Jahr 2015 wurden die sechste und siebte Interparlamentarische Konferenz in Riga (4. bis 6. März) und Luxemburg (5. bis 6. September) ausgerichtet. Die Delegationen des Europäischen Parlaments zu diesen Treffen wurden von Elmar Brok, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, geleitet.

Wichtige Entwicklungen im Jahr 2014

Im Mittelpunkt der Debatten in Athen stand die östliche Partnerschaft, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Krise in der Ukraine, der Südlichen Nachbarschaft (Syrien, Ägypten und der Mittlere Osten) und auf den Folgemaßnahmen des europäischen Verteidigungsrats

von 2013, insbesondere die maritime Dimension und die Rolle der Parlamente bei dem Einsatz von Militärkräften im Rahmen der GSVP. Es wurden drei Workshops zu den Themen „Die maritime Sicherheitsstrategie der EU, die maritime Dimension der GSVP“, „Entwicklungen im Mittleren Osten“ und „Der Einsatz von Militärkräften im Rahmen der GSVP, Verfahren und Praktiken der parlamentarischen Entscheidungsfindung“ organisiert.

Die fünfte Konferenz in Rom war die erste Konferenz, die nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 stattfand. An ihr nahm die neue Vizepräsidentin der Kommission / Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, teil. Die wichtigsten Themen, die zur Debatte gestellt wurden, waren die Ukraine, Syrien und der Irak, der Mittlere Osten, Libyen, EU-Gefechtsverbände, Beziehungen zwischen der EU und Afrika sowie die westlichen Balkanländer. Es folgten drei Workshops zu den Themen „Die Zukunft der EU-Gefechtsverbände“, „Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika“ und „Regionale Stabilität und Ausdehnung in den westlichen Balkanländern“.

In Rom hat die Interparlamentarische Konferenz die Überprüfung ihrer Funktionsweise abgeschlossen, die in Übereinstimmung mit den Entscheidungen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU und den Entscheidungen der ersten Interparlamentarischen Konferenz im Jahr 2012 eingeleitet worden war. Es wurde beschlossen, dass die Interparlamentarische Konferenz auch weiterhin nach der bestehenden Geschäftsordnung organisiert werden sollte und dass der Schwerpunkt auf die Verbesserung der bewährten Vorgehensweisen für die Durchführung der Interparlamentarischen Konferenz gelegt werden sollte. Es wurde ein Dokument über „Bewährte Vorgehensweisen“ vereinbart, das zusätzliche Leitlinien über die Umsetzung der Geschäftsordnung enthält und die zentrale Rolle des Europäischen Parlaments in der Interparlamentarischen Konferenz bestätigt. In ihrer Sitzung in Rom im April 2015 begrüßte die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU die Schlussfolgerung der Überprüfung.

Wichtige Entwicklungen im Jahr 2015

Auf dem Treffen in Riga waren die wichtigsten Themen, die bei der Interparlamentarischen Konferenz zur Debatte standen, der Kampf gegen internationalen Terrorismus und Radikalisierung, die Lage in der Ukraine, die Europäische Nachbarschaft (Östliche Partnerschaft/Gipfel in Riga und Südliche Nachbarschaft/ Mittelmeerraum und Mittlerer Osten), und GSVP, insbesondere der Europäische Verteidigungsrat im Juni 2015. Die vier spezialisierten Workshops konzentrierten sich auf die folgenden Themen: „Der Gipfel in Riga - Neudefinition der Östlichen Partnerschaft“, „Die Reaktion Europas auf die Instabilität und die Bedrohungen im südlichen Mittelmeerraum und im Mittleren Osten“, „Der hybride Krieg – eine neue Herausforderung für die Sicherheit in Europa“ und „Herausforderungen und Lösungen für den Einsatz von Gefechtsverbänden der EU“.

Die Debatten auf der Konferenz in Luxemburg im September 2015 wurden beherrscht von dem Migrationsproblem, der Lage in der europäischen Nachbarschaft, der Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der Sicherheitsstrategie und der Verteidigung der EU sowie der Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit. Die erste Plenarsitzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Prioritäten und Strategien auf dem Gebiet der GASP/GSVP wurden weitgehend von den Themen Migration und aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Nachbarschaft beherrscht. Bei der Debatte wurden auch andere GASP-/GSVP-Fragen angesprochen, wie etwa die Vorbereitung der neuen globalen Strategie über Außen- und Sicherheitspolitik, bei denen die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe

Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik unterstrich, dass sie Anregungen aus den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlaments begrüßen würde. Im Mittelpunkt der zweiten Plenarsitzung stand der Klimawandel im Rahmen der Sicherheit. Es fanden drei spezialisierte Workshops parallel statt, die sich auf ein zweckmäßigeres Management der Migrationsströme, die Stärkung von zivilen GSVP-Missionen und Folgemaßnahmen bei der Umsetzung von Schlussfolgerungen des Europäischen Verteidigungsrates im Juni 2015 konzentrierten.

Anknüpfend an die Aufforderung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Anregungen und Vorschläge für die neue globale Strategie der EU einzureichen, schrieb der Leiter der Delegation der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung zur Interparlamentarischen Konferenz nach der Konferenz alle nationalen Parlamente an und bat sie um ihre Beiträge. Die luxemburgische Abgeordnetenversammlung stellte diese Beiträge zusammen und übermittelte sie im Dezember 2015 an die Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

Zusätzlich zu den Sitzungen der Interparlamentarischen Konferenz lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments seine Partnergremien aus den nationalen Parlamenten häufig nach Brüssel ein. Im Dezember 2014 organisierte er ein Treffen des interparlamentarischen Ausschusses zum Thema „Die außenpolitische Agenda der EU - die westlichen Balkanländer“. Eine Sitzung im Mai 2015 konzentrierte sich auf „Die Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik - Ausblick auf den Europäischen Verteidigungsrat im Juni 2015“ und im November 2015 diskutierten Abgeordnete nationaler Parlamente und MdEP die Themen „Stellvertreterkriege in der MENA-Region und Folgemaßnahmen zum Europäischen Verteidigungsrat vom Juni, darunter auch die globale Strategie der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik“.

2.4. Die nationalen Parlamente im europäischen Kontext

Im Laufe der letzten Jahre haben die nationalen Parlamente verschiedene Vorschläge dafür unterbreitet, wie sie ihre aktuellen Vorrechte besser ausüben können und haben eine Debatte über die Schaffung neuer Instrumente angeregt, die auf die Einbeziehung der nationalen Parlamente in Entscheidungsfindungen auf EU-Ebene abzielen. Das Europäische Parlament hat außerdem einen Vorschlag zur Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Unionsrecht auf den Weg gebracht.

Von Kammern, die auf diesem Gebiet aktiver sind, wurden konkrete Vorschläge unterbreitet, und zwar vom Dänischen Parlament, vom niederländischen Repräsentantenhaus und vom House of Lords des Vereinigten Königreichs. Zu diesen Vorschlägen gehört eine effizientere Nutzung der Subsidiaritätskontrollen durch Verbesserungen beim Verfahren der „gelben Karte“ (indem unter anderem die Frist von 8 auf 12 Wochen verlängert und eine Kontrolle der Verhältnismäßigkeit hinzugefügt wird), die Erkundung einer sogenannten „grünen Karte“, die es nationalen Parlamenten ermöglichen würde, Vorschläge für Gesetzgebungsinitiativen zu unterbreiten und nationalen Parlamenten im Hinblick auf das jährliche Arbeitsprogramm der Kommission eine Aufgabe sichern würde.

Solche Vorschläge wurden zuerst in informellen Gruppen oder Arbeitsgruppen diskutiert, zu denen andere nationale Parlamente von den Initiatoren eingeladen wurden, um mögliche Entwicklungen auszuloten. Die COSAC-Präsidenschaft unter Lettland und Luxemburg

reagierte positiv auf das Ersuchen, diese Themen in den zweijährigen COSAC-Berichten zu behandeln und bei den COSAC-Treffen einen umfassenden Meinungsaustausch zu diesem Thema zu organisieren (siehe Kapitel 3.1).

Abgesehen von diesen Initiativen, die von den nationalen Parlamenten selbst ergriffen wurden, verfasste der Premierminister des Vereinigten Königreichs, David Cameron, im November 2015 ein Schreiben an Donald Tusk, den Präsidenten des Europäischen Rates, in dem er die Bereiche darlegte, in denen er Reformen anstrebte. In diesem Schreiben schlug der Premierminister des Vereinigten Königreichs eine neue Regelung vor, in der Gruppen nationaler Parlamente in einer gemeinsamen Vorgehensweise ungewollte Gesetzgebungsvorschläge stoppen können, was häufig als „Rote Karte“ bezeichnet worden ist. Auf seiner Sitzung am 18. und 19. Februar 2016 vereinbarte der Europäische Rat eine Reihe von Regelungen, zu denen unter anderem ein Mechanismus für Fälle gehörte, in denen die Anzahl begründeter Stellungnahmen nationaler Parlamente, nach denen „der Entwurf eines Gesetzgebungsakts der Union nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht und die innerhalb von zwölf Wochen ab der Übermittlung des betreffenden Entwurfs eingegangen sind, mehr als 55 % der den nationalen Parlamenten zugewiesenen Stimmen“ erreicht. Diese Vereinbarungen werden „an dem Tag wirksam (...), an dem die Regierung des Vereinigten Königreichs dem Generalsekretär des Rates mitteilt, dass das Vereinigte Königreich beschlossen hat, Mitglied der Europäischen Union zu bleiben“.

Bedeutung des bestehenden Vertragsrahmens und des institutionellen Gleichgewichts

Aus Sicht des Europäischen Parlaments kann die interparlamentarische Zusammenarbeit zu einem konstruktiven Informationsaustausch, der gemeinsamen Untersuchung von Problemen, einen im beiderseitigen Interesse liegenden Dialog und einer reibungsloseren Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht beitragen. Das Europäische Parlament hat seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, Ansätze für eine Weiterentwicklung der Instrumente auszuloten, die derzeit für die Umsetzung der Protokolle 1 und 2 des Lissaboner Vertrags und für die Verbesserung des Dialogs zwischen den nationalen Parlamenten und den Europäischen Organen in Kraft sind, vorausgesetzt dies erfolgt im Rahmen der bestehenden Vertragsbestimmungen und im Rahmen des institutionellen Gesamtgleichgewichts auf EU-Ebene.

Der Vorschlag des Europäischen Parlaments zur Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Unionsrecht

Im Hinblick auf eine bessere Einbindung der nationalen Parlamente in die Debatte über die Überprüfung und Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften war das Europäische Parlament bestrebt, eine neue Form der Kooperation zu entwickeln. Es hofft darauf, in einer gemeinsamen Anstrengung eine fundiertere Bewertung der Frage zu erzielen, ob die EU-Rechtsvorschriften in der Praxis ordnungsgemäß umgesetzt werden und inwieweit durch die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene die gewünschten Ergebnisse für die Unionsbürger tatsächlich verwirklicht werden. Im Juni 2014 hat der Präsident des Europäischen Parlaments ein Schreiben an seine Kollegen in den nationalen Parlamenten verschickt, in dem er sie um ihre Stellungnahmen zur Änderung bestehender EU-Rechtsvorschriften bat, die im Arbeitsprogramm für 2014 der Kommission enthalten waren. An dieses erste Schreiben knüpfte der Generalsekretär des Europäischen Parlaments im März und Dezember 2015 für die Arbeitsprogramme der Kommission für 2015 und 2016 an.

Die in diesem Rahmen übermittelten Informationen sollten zur Vorbereitung der „Umsetzungsprüfungen“ beitragen, die den entsprechenden Ausschüssen des Europäischen Parlaments vor deren Prüfung des in Rede stehenden neuen legislativen Vorschlags vorgelegt werden sollten. Es wird auch auf andere Informationen aus den nationalen Parlamenten über die Umsetzung, die Anwendung oder die Wirksamkeit des EU-Rechts verwiesen, die dem Europäischen Parlament dabei helfen könnten, detailliertere „Europäische Umsetzungsbewertungen“ zu erstellen. Diese für Mitglieder und Ausschüsse des Europäischen Parlaments vorbereitete Briefings werden den nationalen Parlamenten und der Öffentlichkeit auf der Website des Europäischen Parlaments zur Verfügung gestellt.

Das Europäische Parlament ist sich der Unterschiede in den nationalen Verfassungsrahmen bewusst und auch dessen, dass nicht alle nationalen Parlamente Überprüfungs- und Evaluierungstätigkeiten ausüben; es ist jedoch weiterhin davon überzeugt, dass ein Informationsaustausch über die Umsetzung und die Wirksamkeit von EU-Recht eine wertvolle Entscheidungshilfe bieten kann, wie EU-Rechtsvorschriften verbessert werden können. Aus diesem Grund will das Europäische Parlament einen informellen Rahmen einrichten, der einen solchen Informationsaustausch auf unterschiedliche Weise ermöglichen kann, beispielsweise durch bilaterale Kontakte und Studienbesuche.

Diese Initiative ist ein klarer Ansatz zu einer weiteren Verbesserung der interparlamentarischen Zusammenarbeit und der Verwaltungszusammenarbeit, mit dem auf eine Stärkung der Kommunikationskanäle abgezielt wird. Die Idee wurde bei ihrer Vorstellung auf dem Treffen der Generalsekretäre des EU-Parlaments im März 2015 in Rom begrüßt. Die COSAC begrüßte diesen neuen Gedanken in ihrem „Beitrag der 53. Tagung der COSAC“, der im Juni 2015 in Riga angenommen wurde, ebenfalls und stellte fest, dass „die Parlamente weitgehend ihre Bereitschaft bekundet haben, bewährte Verfahren und Ideen bezüglich der parlamentarischen Überwachung der Umsetzung, Durchführung und Durchsetzung von EU-Rechtsvorschriften mit dem Europäischen Parlament auszutauschen, und hebt den Standpunkt einiger nationaler Parlamente hervor, demzufolge eine solche Überwachung in die Zuständigkeit der Exekutive und/oder der Kommission falle“. Die Bereitschaft zur Stärkung des politischen Dialogs zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament bei ausgewählten legislativen Dossiers wurde ebenfalls erwähnt, wobei ausdrücklich die Intensivierung der „Zusammenarbeit zwischen den Berichterstattern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente“ genannt wurde.

Stärkere europäische Integration: Weiteres Vorgehen

Die Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer, der französischen Nationalversammlung, des deutschen Bundestags und der luxemburgischen Abgeordnetenkammer haben auf ihrem Treffen in Rom am 14. September 2015 erklärt, davon überzeugt zu sein, dass der europäischen Integration neue Impulse gegeben werden müssten.

Die vier Parlamentspräsidenten unterzeichneten die Erklärung „Stärkere europäische Integration: Weiteres Vorgehen“, in der sie unterstrichen, dass mehr und nicht weniger Europa gebraucht werde, um auf die Herausforderungen zu reagieren, denen wir sowohl intern als auch extern gegenüberstehen. In der Erklärung heißt es, dass eine stärkere politische Integration erforderlich sei, dass die europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ebenso wie die soziale Dimension Europas gestärkt werden müssten und dass eine stärkere Orientierung an der Vision der Gründungsväter erforderlich sei.

In den folgenden Monaten wurde diese Erklärung von mehreren anderen Präsidenten nationaler Parlamente unterzeichnet und der Präsident des Europäischen Parlaments, Schulz, begrüßte die Initiative. Zum jetzigen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass die Erklärung auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU von 2016 in Luxemburg diskutiert wird.

3. Institutionalisierte parlamentarische Zusammenarbeit

3.1. Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC)

COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist dahingehend einzigartig, dass sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das die Ratspräsidentschaft innehat, spielt eine führende Rolle bei der Definition der Richtung und Arbeit der COSAC. Sie wird von einer Vorsitz-Troika unter ständiger Mitgliedschaft des Europäischen Parlaments vorbereitet und organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt, welches seinen Sitz im Europäischen Parlament hat und von einem Amtsträger geleitet wird, der von einem nationalen Parlament sekundiert ist („Ständiges Mitglied“).

2014 und 2015 wurde der interparlamentarische Charakter von COSAC-Debatten zunehmend bekräftigt, indem mehr Parlamentarier als Hauptredner und weniger Vertreter der nationalen und europäischen Führungskräfte eingeladen wurden. Diese Entwicklung wurde vom Europäischen Parlament, als einem der Mitglieder der COSAC „Troika“ (dies sind die vorangegangenen, laufenden und nächstfolgenden Ratspräsidentschaften sowie das Europäische Parlament), befürwortet und gefördert. Es ist beachtenswert, dass alle Präsidentschaften nicht nur darum bemüht waren, die ausgewogene Auswahl an Hauptrednern und Themen zu unterstützen, sondern auch die Zusammensetzung der Gremien und die Art der Diskussionsführung. Die Abgeordneten konnten an verschiedenen Nebenveranstaltungen teilnehmen und interagieren. Beispiele hierfür sind das „Catch-The-Eye-Verfahren“ (Wortmeldung per Handzeichen) für einen lebendigeren Austausch und zusätzliche Präsentationen von Initiativen der nationalen Parlamente.

Die Auswahl der Themen hat die Bereitschaft der Präsidentschaften demonstriert, COSAC als das geeignete Forum für offene, allumfassende Debatten über die wichtigsten Entwicklungen innerhalb der EU und auf der internationalen Bühne zu etablieren. Die EU-Außen- und Nachbarschaftspolitik sowie die Handels-, Energie- und Wirtschaftspolitik der EU zählten zu den Hauptthemen auf der Agenda, wobei das klare Ziel war, zu den Diskussionen anderer spezialisierter interparlamentarischer Konferenzen beizutragen, und zwar in einem ausgewogenen Zusammenspiel. So sollen alle entsprechenden Mandate vollständig anerkannt und jegliche unproduktiven Überlappungen oder Konkurrenz vermieden werden. Die Wahlen zum Europäischen Parlament von 2014 und der 5. Jahrestag des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon hatten auch Auswirkungen auf die Festlegung der Tagesordnung.

Gemäß einer neu eingeführten Tradition versicherte die Delegation des Europäischen Parlaments eine stärkere Präsenz bei der Arbeit von COSAC: Während der griechischen, italienischen, lettischen und luxemburgischen Ratspräsidentschaften wurden 10 Mitglieder des Europaparlaments – Vizepräsidenten, Kommissionsvorsitzende und Berichterstatter – als Hauptredner auf der COSAC eingeladen, und zwei Mitglieder des Europäischen Parlaments lud man als „First Responders“ ein. Ihre Interventionen und Beiträge zu den anschließenden Debatten lieferten außerordentlich wertvolle Erkenntnisse über die Position des Europäischen Parlaments zu Themen wie der Krise in der Ukraine, der EU-Politik im Mittelmeerraum und Osteuropa, der EU-Energie- und Handelspolitik oder der Überprüfung der Strategie Europa 2020.

Mitglieder des Europäischen Parlaments traten auch als Hauptredner zu institutionellen Themen auf, wie etwa: Die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten; demokratische Legitimierung und europäische Führungsrolle; Die Zukunft der supranationalen Demokratie fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon; das mehrjährige Arbeitsprogramm der Kommission und die Rolle der Parlamente. Mit den Themen auf der Agenda der Plenarsitzungen befasste man sich oft ebenfalls in den halbjährlichen Berichten, zu denen alle nationalen Parlamente einen Beitrag leisten, und das Ergebnis dieser Berichte wurde gebührend in den aufgenommenen Beiträgen und Schlussfolgerungen berücksichtigt.

Das Europäische Parlament wurde bei verschiedenen Gelegenheiten gelobt und mehrere Delegationen nationaler Parlamente dankten für seine konstante und tatkräftige Unterstützung hinsichtlich der makro-regionalen Integration, für seinen entscheidenden Beitrag zu einer wesentlichen Verbesserung des Kohäsionspakets 2014 bis 2020 mit dem Erreichen einer endgültigen Einigung sowie für seine Resolution vom 15. Januar 2015 zur Situation in der Ukraine. Daneben wurde die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Kontrolle der EU-Agenturen im Beitrag der 52. Tagung der COSAC gewürdigt.

Die vergangenen Jahre stärkten auch den Trend, die COSAC mit offiziellen Schreiben oder kurzen Bemerkungen zu den Ergebnissen der gemeinsamen Treffen zu informieren. Diese Treffen hielten die Vertreter der Ausschüsse für Europaangelegenheiten einer begrenzten Anzahl von nationalen Parlamenten¹ vor jeder COSAC Konferenz ab. Ihre Beiträge wurden begrüßt und in bestimmten Fällen in die Themenauswahl der Agenda aufgenommen.

In einer schnellen Reaktion auf die wichtigen Entwicklungen auf der internationalen Bühne verabschiedete die COSAC verschiedene Erklärungen zur Situation in der Ukraine. Die Erklärung zu den jüngsten Einreisebeschränkungen für EU-Politiker und Staatsbedienstete auf der 53. Tagung der COSAC wurde ursprünglich von Ramón Luis Valcárcel Siso, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, eingereicht, im Plenum weiter geändert und einstimmig angenommen.

Neben dem ausführlichen Meinungsaustausch über wichtige Entwicklungen in EU-Angelegenheiten stellte die COSAC Überlegungen zu ihrer Rolle und den praktischen Wegen einer Ausweitung der Einbeziehung nationaler Parlamente in die EU-Entscheidungsfindung an. Dies geschah auf Initiative der COSAC-Präsidentschaften oder als Antwort auf

¹ Die Länder der Visegrád Gruppe (Ungarn, Tschechische Republik, Polen und die Slowakei), das „Parlamentarische Forum der Ostseestaaten“ (Estland, Lettland, Litauen und Polen), das slowenische Državni zbor und das kroatische Hrvatski sabor, oder das Treffen der Vorsitzenden der Ausschüsse für Fragen der EU-Angelegenheiten der südeuropäischen Parlamente.

Nachfragen aus verschiedenen Kammern. Das Ergebnis der Debatte ging in die angenommenen Beiträge und Schlussfolgerungen ein.

Die COSAC bot eine geeignete Plattform für kurze Präsentationen von Ideen und Vorschlägen aus verschiedenen nationalen Parlamenten:

- Der Bericht des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten des dänischen Parlaments, „23 recommendations on how to strengthen the role of national Parliaments in a changing European governance“ (23 Empfehlungen für eine Stärkung der Rolle nationaler Parlamente in einer sich verändernden europäischen Steuerung, 51. Treffen der Ausschussvorsitzenden);
- Der Bericht „Ahead in Europe“ ("Vorwärts in Europa") über die Maßnahmen, mit denen das niederländische Abgeordnetenhaus und Parlamente in den Mitgliedstaaten mehr Einfluss auf die europäische Entscheidungsfindung gewinnen können (51. Plenarversammlung),
- Bericht über „The Role of National Parliaments in the European Union“ (Die Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Union) des Oberhauses des Vereinigten Königreichs (52. Plenarversammlung)
- Eine Optimierung des „Gelbe-Karte“-Verfahrens, die Untersuchung einer sogenannten „Grünen Karte“ (erweiterter politischer Dialog) und das Sichern einer Rolle für nationale Parlamente hinsichtlich des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission zählten zu den wichtigsten Themen bei der COSAC und den informellen Treffen der interparlamentarischen Cluster. In Ausnahmefällen wurde das Ergebnis solcher informellen Treffen bei den COSAC-Treffen vorgelegt.

Eine Liste von Themen und Hauptsprechern aller COSAC-Treffen 2014 und 2015 finden Sie in Anhang I.

Die „Grüne Karte“

Auf Grundlage eines Vorschlags des Vorsitzenden des EU-Ausschusses des Oberhauses des Vereinigten Königreichs wurde die „Grüne Karte“ konzipiert, um neue legislative Maßnahmen zu fordern, einschließlich delegierte Rechtsakte oder Durchführungsrechtsakte.

In den COSAC Debatten wurden Vorbehalte hinsichtlich der Vereinbarkeit der „Grünen Karte“ mit dem Vertrag, ihrer Übertragung auf nationales Recht und ihren Auswirkungen auf das institutionelle Gleichgewicht angemeldet. Als Ergebnis der Änderungen des Europäischen Parlaments, die einstimmig angenommen wurden, heißt es über die „Grüne Karte“ im 53. COSAC-Beitrag, es handle sich um eine neue, erweiterte Form des politischen Dialogs. Daneben wird die Notwendigkeit unterstrichen, dass die „Grüne Karte“ den geltenden Bestimmungen des Vertrags und den interinstitutionellen Machtverhältnissen entspricht.

Das Oberhaus brachte den ersten Vorschlag für eine Grüne Karte zum Thema Lebensmittelabfälle ein. Dieser wurde von 16 der 41 EU-Vorsitzenden von Europäischen Ausschüssen in nationalen Parlamenten unterzeichnet und der Kommission am 22. Juli 2015 vorgelegt. Die Kommission nahm die Aufforderung zur Kenntnis, einen strategischeren Ansatz für die Reduzierung der Lebensmittelabfälle zu verfolgen und verpflichtete sich, den Vorschlägen der Parlamente besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Seitdem wurden Vorschläge im Rahmen der Grünen Karte von der französischen Nationalversammlung (über die Besteuerung multinationaler Konzerne) und dem lettischen Parlament (zu Änderung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) vorgelegt.

Die Überlegungen zu dem Umfang und dem Verfahren der grünen Karte wurden im Rahmen einer COSAC-Arbeitsgruppe weitergeführt, die im Rahmen der luxemburgischen COSAC-Ratspräsidentschaft eingerichtet wurde. Die Arbeiten der Gruppe bestätigten eine breite Unterstützung für diese nicht bindende Form des erweiterten und koordinierten politischen Dialogs. Beim Thema Verfahrensangelegenheiten wurde ein flexibles Vorgehen vereinbart, ohne das Recht der Gesetzgebungsinitiative der Kommission zu unterminieren, und in vollständiger Anerkennung der derzeitigen Bestimmungen des Vertrags und der interinstitutionellen Machtverhältnisse.

Verbesserung des „Gelbe-Karte“-Verfahrens"

Auf der 2014 abgehaltenen Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU wurde die COSAC abschließend mit der „Untersuchung der Möglichkeiten für eine wirksamere Nutzung von Subsidiaritätsüberprüfungen“ beauftragt. Mit dem Resultat der Treffen informeller interparlamentarischer Cluster und den Ergebnissen der halbjährlichen COSAC-Berichte gewann die COSAC umfassende Anhaltspunkte darüber, wie das derzeitige Subsidiaritätsverfahren verbessert werden kann. Die drei wichtigsten Punkte waren: Die Untersuchung einer Ausweitung der 8-Wochen-Frist, die Ausarbeitung informeller Leitlinien zur Durchführung von Subsidiaritätsbewertungen und des Verfahrens der begründeten Stellungnahme sowie die Verbesserung der Fristeinhaltung und Qualität der Antworten der Kommission.

Die COSAC forderte die Parlamente auf, bei der Erarbeitung eines freiwilligen, nicht bindenden, informellen Pakets von bewährten Verfahren und Leitlinien der Subsidiaritätsüberprüfung im Rahmen der COSAC eng zusammenzuarbeiten. Hierbei schlug die COSAC Arbeitsgruppe zur Stärkung des politischen Dialogs durch die Einführung einer „grünen Karte“ und die Verbesserung des Verfahrens der begründeten Stellungnahme („gelben Karte“) vor, dass begründete Stellungnahmen den Gesetzesvorschlag erwähnen, auf den sie sich beziehen, klar angeben, dass der Text eine begründete Stellungnahme ist, und dass Folgendes beigefügt wird: Eine Übersetzung oder Zusammenfassung des Textes auf Englisch und Französisch, eine Zusammenfassung der Argumente, die rechtliche Grundlage und die Beweggründe.

Die COSAC forderte die Kommission auf, die Ferienwochen der EU-Institutionen und die Pause zwischen Mitte Dezember und Neujahr von der 8-Wochen-Frist auszunehmen, die gemäß den Verträgen für die Subsidiaritätsüberprüfung vorgesehen ist. Die Kommission wurde auch dazu aufgefordert, ihre Bemühungen für bessere Qualität und eine rechtzeitige Reaktion auf begründete Stellungnahmen fortzusetzen.

3.2. Die Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU (EU-PPK)

Die Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU ist das Steuerungsgremium der interparlamentarischen Zusammenarbeit und trifft sich jedes Jahr im Frühling in dem Land, das die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Vorjahres innehatte. Der Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU geht ein vorbereitendes Treffen der Generalsekretäre der Parlamente aus den teilnehmenden Ländern voraus.

Wichtige Entwicklungen 2014

Die Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU von 2014 wurde vom litauischen Parlament organisiert und fand vom 6. bis 8. April in Vilnius statt. Hauptfokus war die interparlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Vertreter dieser Länder wurden zu dem Treffen eingeladen.

Die Präsidenten äußerten ihre große Sorge über die Krise in der Ukraine und die illegale Annexion der Krim und unterstützten die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der Ukraine. Sie begrüßten die Unterzeichnung der politischen Bestimmungen des Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in der Hoffnung, dass die noch verbleibenden Bestimmungen zeitnah unterzeichnet würden. Die Präsidenten unterstrichen außerdem die strategische Bedeutung der Europäischen Nachbarschaftspolitik einschließlich der Länder der Östlichen Partnerschaft, für die EU und den erweiterten europäischen Raum.

Die Präsidenten diskutierten außerdem die Rolle der nationalen Parlamente bei der Bekämpfung der Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise und äußerten ihre Besorgnis über die vielen unbeschäftigten Menschen in der EU, besonders über die hohe Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen.

In einer Bilanz der fünf Jahre seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon begrüßten die Präsidenten die vermehrte Einbindung nationaler Parlamente in den EU-Gesetzgebungsprozess und stellten fest, dass die nationalen Parlamente vermehrt ihr Recht zur Abgabe begründeter Stellungnahmen wahrgenommen haben. Sie unterstrichen jedoch, dass Anstrengungen unternommen werden müssten, um das Engagement der nationalen Parlamente im Gesetzgebungsverfahren der Union konstruktiver zu gestalten, damit nationale Parlamente die EU-Rechtsvorschriften positiv gestalten können. In diesem Zusammenhang unterstützten sie die Initiative für den politischen Dialog, den Kommissionspräsident Barroso 2006 ins Leben gerufen hatte, und forderten die nächste Kommission auf, dies weiterzuführen.

Zur interparlamentarischen Zusammenarbeit in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts würdigten die Präsidenten die Errungenschaften des mehrjährigen Programms von Stockholm und vertraten die Ansicht, dass neue strategische Leitlinien diesen Bereich stärken sollten. Sie betonten die Notwendigkeit einer vollständigen Umsetzung der gemeinsamen Immigrationspolitik und Maßnahmen an den EU-Außengrenzen. Dies solle Menschenleben auf hoher See retten und sei gleichzeitig ein Kampf gegen den Menschenhandel. Auch sollten die Prinzipien der Solidarität und der gerechten Teilung der Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden.

Wichtige Entwicklungen 2015

Vom 19. bis 21. April 2015 wurde die Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU in Rom abgehalten. Sie wurde vom italienischen Parlament organisiert. Schwerpunkte waren Wachstum, Grundrechte, die Rolle der Parlamente der Union bei den Verhandlungen internationaler Verträge und die Stärkung des politischen Dialogs. Die Präsidenten einigten sich auf grundlegende Prinzipien der Geschäftsordnung der Interparlamentarischen Konferenz zur Stabilität, wirtschaftlichen Koordination und Steuerung in der Europäischen Union („Article 13 Conference“, siehe Kapitel 2.2).

Die Wirtschaftskrise war das vorherrschende Thema, wenngleich die Präsidenten einräumten, dass die europäische Wirtschaft einige Zeichen der Erholung zeigt. Bei der Diskussion um Maßnahmen zur Bekämpfung der Probleme einigten sie sich auf die Notwendigkeit, innovative Lösungen umzusetzen, die einerseits strukturelle Schwächen bewältigen und auch die besonderen wirtschaftlichen und sozialen Vorzüge der EU optimal nutzen könnte. Daher begrüßten sie die neuen Initiativen der EU-Institutionen, insbesondere den „Investitionsplan für Europa,“ und das Paket von Vorschlägen zur Schaffung einer Energieunion.

Während einer Diskussion über Grundrechte betonten die Präsidenten, dass die EU ein Referenzpunkt für den Schutz der Grundrechte sei. Sie erkannten die Notwendigkeit robusterer und strafferer Verfahren an, um das Schutzniveau für Grundrechte zu überwachen, das in den Mitgliedstaaten gewährt wird. Die Präsidenten wiesen auch nachdrücklich auf die Bedeutung eines angemessenen rechtlichen Rahmens für den Schutz der Rechte nationaler Minderheiten und anderer Minderheiten, wie beispielsweise der Roma, hin. Die Präsidenten verfolgten mit besonderem Interesse die Ausarbeitung einer Agenda für Migration. Nach den jüngsten humanitären Katastrophen im Mittelmeerraum erwarteten sie von der Kommission den größtmöglichen Ehrgeiz dabei, gemeinsame europäische Lösungen im Geiste der Solidarität und der geteilten Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten zu finden. Daneben unterschrieben die Präsidenten eine Erklärung zur „Stärkung der Rettungsmaßnahmen im Mittelmeerraum“.

Die Präsidenten unterstrichen auch die wichtige Rolle, welche EU Parlamente bei den Verhandlungen über die derzeit vorgeschlagenen Handelsvereinbarungen spielen könnten, und diesbezüglich begrüßten sie die Entscheidung des Rats, erstmalig die Kommission zur Veröffentlichung ihrer Verhandlungsmandate zu ermächtigen. Sie würdigten das entschlossene Engagement des Europäischen Parlaments bei der Anwendung der neuen, über den Vertrag von Lissabon entstandenen Durchführungsbefugnisse. Die Präsidenten bekräftigten, dass nationale Parlamente die Möglichkeit haben müssen, besondere Kompetenzen hinsichtlich möglichst vieler Freihandelsvereinbarungen durchzuführen und generell besseren Zugriff auf Informationen über die laufenden Verhandlungen erhalten müssen, sodass sie ihre Ausrichtung während der Verhandlungen bekannt geben können und sich mit ihrer Eingriffsbefugnis nicht auf den Ratifikationsprozess beschränken müssen.

Die Präsidenten betonten, dass der politische Dialog nun den wichtigsten Interaktionsweg zwischen nationalen Parlamenten und den EU-Institutionen darstellt, auch wenn dies nicht ausdrücklich in den Verträgen vorgesehen ist. Die Präsidenten forderten die Kommission auf, die Zeitnähe und Qualität ihrer Antworten auf die von den nationalen Parlamenten erhaltenen Beiträge zu verbessern. Dies gelte besonders für die Zusicherung der EU-Kommissare, die Anzahl der Treffen mit nationalen Parlamenten zu erhöhen. In diesem Zusammenhang schlug EU-Parlamentspräsident Martin Schulz eine Änderung zu den Schlussfolgerungen der Treffen vor, die angenommen wurde. Hierin heißt es, „Die Präsidenten sehen auch der Stärkung des politischen Dialogs zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament erwartungsvoll entgegen, der unter anderem die Zusammenarbeit zwischen den Berichterstattern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente intensiviert.“

Der EU-Parlamentspräsident nahm auch an den Verhandlungen über die Geschäftsordnung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftliche Koordination und Steuerung in der Europäischen Union teil und förderte die Aushandlung gerechter und ausgewogener Kompromisse.

4. Interparlamentarische Sitzungen

4.1. Interparlamentarische Sitzungen – gezielterer Austausch zwischen Experten

2014 und 2015 wurde der Trend hin zu kleineren, gezielteren interparlamentarischen Debatten im Europäischen Parlament fortgesetzt. Die meisten der im Europäischen Parlament organisierten Treffen sind nun "Interparlamentarische Ausschusssitzungen", die auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments organisiert werden, wobei sie von der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten unterstützt werden. Nationale Parlamente werden gelegentlich auch eingeladen, einen bestimmten Tagesordnungspunkt einer regelmäßigen Ausschusssitzung zu erörtern.

Aufgrund der Wahlen zum Europäischen Parlament fanden 2014 nur sechs offizielle interparlamentarische Sitzungen im Europäischen Parlament statt. Drei davon waren jährlich stattfindende Sitzungen: Die Europäische Parlamentarische Woche, die Sitzung des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments, in deren Rahmen der Weltfrauentag gefeiert wurde, sowie der jährliche Meinungsaustausch des Parlamentsausschusses für Wirtschaft und Währung über den Berichtsentwurf zum Europäischen Semester, der während einer regelmäßig stattfindenden Ausschusssitzung stattfindet.

Daneben veranstalteten 2014 die damaligen Vizepräsidenten für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Miguel Ángel Martínez und Othmar Karas, ein parlamentarisches Forum über „EU Parliaments in global governance“ (EU-Parlamente in der globalen Ordnungspolitik). Im März 2014 hielt der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres mit seinem Pendant aus dem griechischen Parlament eine gemeinsame Ausschusssitzung über die zukünftigen Prioritäten in diesem Politikbereich ab. Im Dezember 2014 lud der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nationale Parlamentarier zu der Diskussion „The EU external action agenda – Western Balkans“ („EU-Agenda für auswärtige Angelegenheiten – Westbalkanländer“) ein.

Nach der Bildung der Ausschüsse des Europäischen Parlaments im Zuge der Wahlen, verstärkten diese 2015 ihre interparlamentarische Zusammenarbeit und organisierten im selben Jahr mindestens 16 Sitzungen mit nationalen Parlamenten. Dies ist die zweithöchste Anzahl der vergangenen Jahre, lediglich 2013 waren es 17 Sitzungen. Es zeigt, welche Bedeutung das Europäische Parlament dem Dialog mit seinen Pendants auf nationaler Ebene beimisst.

Neben diesen etablierten Sitzungen organisierten verschiedene Ausschüsse auch zum ersten Mal seit vielen Jahren Diskussionen mit nationalen Parlamenten. Dies tat beispielsweise der Ausschuss für Verkehr und Tourismus im Oktober („Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) einschließlich grenzüberschreitender Verbindungen“) oder der Ausschuss für Kultur und Bildung im Dezember („Bildungs- und Jugendpolitik“).

2015 war, wie auch in den vergangenen Jahren, die im Europäischen Parlament in Brüssel stattfindende Europäische Parlamentarische Woche die größte Sitzung mit den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten. An dieser nahmen 112 nationale Parlamentarier aus den EU-Mitgliedstaaten teil. Näheres dazu finden Sie in Kapitel 2.2 dieses Berichts. Die zweitgrößte Anzahl nationaler Parlamentarier war die Sitzung des Ausschusses über Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im März. Hier wurde über die in Paris

stattfindende Klimakonferenz in Paris diskutiert („From COP 21 Paris to 2050: a roadmap towards an innovative low-carbon, resource-efficient Europe“, " Von COP 21 Paris in Richtung 2050: ein Fahrplan für ein innovatives CO2 armes, ressourcen-effizientes Europa"). Hier nahmen 47 Mitglieder der nationalen Parlamente und 44 Mitglieder des Europäischen Parlaments teil. An dem Meinungs austausch des Sonderausschusses für Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung („Aggressive Tax Planning and Democratic Control: Role of Parliaments“, Aggressive Steuerplanung und demokratische Kontrolle: Die Rolle der Parlamente) nahmen der 39 Mitglieder der nationalen Parlamente und 42 Mitglieder des Europäischen Parlaments teil. Die Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres im September „Migration (in the context of the situation in the Mediterranean and the need for a holistic approach)“, "Migrationen (im Kontext der Situation im Mittelmeerraum und die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes") verzeichnete 37 Mitglieder der nationalen Parlamente und 47 Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Zu den anderen, fachbezogeneren Sitzungen für ein bestimmtes Zielpublikum zählte der im Februar durchgeführte Workshop des Ausschusses für rechtliche Angelegenheiten zu „Cross-border activities in the EU“ (Grenzüberschreitende Tätigkeiten in der EU), die Anhörung im Petitionsausschuss über „The Right to Petitions“ (das Recht auf Petitionen) im Juni und eine interparlamentarische Ausschusssitzung des Entwicklungsausschusses über „Unfulfilled Millennium Development Goals and the implementation of the newly-agreed Sustainable Development Goals“ (unerfüllte Milleniums-Entwicklungsziele und die Umsetzung der neu vereinbarten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung), die im Oktober stattfand.

Insgesamt kamen 2014 bei den vom Europäischen Parlament in Brüssel organisierten Sitzungen 279 Mitglieder des Europäischen Parlaments und 296 Abgeordnete der Parlamente der Mitgliedstaaten zusammen. Im Jahr 2015 waren es 561 MdEP und 499 Abgeordnete aus den einzelstaatlichen Parlamenten.

Eine Liste aller interparlamentarischen Sitzungen, die das Europäische Parlament 2014 und 2015 organisiert hat sowie detaillierte Statistiken finden Sie im Anhang II.

Die Dienste des Europäischen Parlaments unterhalten ebenfalls einen Austausch mit ihren Pendants aus den Verwaltungen von nationalen Parlamenten. So veranstaltete die Direktion Demokratieförderung, welche Hilfe bei Wahlbeobachtung und Kapazitätsaufbau bietet, im Januar 2015 eine Sitzung nationaler Parlamentsvertreter, die im Bereich der Demokratieförderung und Kapazitätsaufbau in Brüssel arbeiten.

4.2. Bilaterale Besuche – eine flexible und wirksame Formel

Bilaterale Besuche bieten die Möglichkeit eines informelleren und fokussierteren Dialogs. Sie finden gemeinhin auf Initiative des nationalen Parlaments oder der Parlamentskammer statt, die den Besuch abstattet. Die Direktion für Beziehungen mit nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments bietet den Ausschüssen, Institutionen und Dienste des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente eine Reihe maßgeschneiderter Dienste an. Diese reichen von Empfehlungen über die Entwicklung des zielorientiertesten und interessantesten Programms von Sitzungen bis hin zu logistischer Unterstützung, Sitzungsräumen und Dolmetscherdiensten.

Durch die Wahlen zum Europäischen Parlament gab es im ersten Halbjahr 2014 nur 20 Besuche nationaler Parlamente im Europäischen Parlament, die mit Unterstützung der Direktion für Beziehungen mit nationalen Parlamenten abgehalten wurden. Im zweiten Halbjahr 2014 stieg die Anzahl und Häufigkeit solcher Besuche rasch an, und zwar auf politischer wie auf Verwaltungsebene, und 31 dieser Besuche fanden mit Unterstützung der Direktion statt.

2015 schnellte die Anzahl dieser Besuche auf 91 hoch, was die steigende Bedeutung der interparlamentarischen Zusammenarbeit unterstreicht. Die Teilnehmer und Themen dieser Besuche zeigen die Breite und Tiefe, die diese Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren erreicht hat: Von den Präsidenten oder Abgeordneten der nationalen Parlamente – beispielsweise des Präsidenten des niederländischen Abgeordnetenhauses im September 2014, des Präsidenten des französischen Senats im April 2015 oder des Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer im Dezember 2015 – bis zu Arbeitsbesuchen von Ausschüssen und Ausschussvorsitzenden mit einer großen Bandbreite an Politikbereichen, darunter innere Angelegenheiten, Umwelt, Entwicklung, sowie einer großen Anzahl von Besuchen durch Beamte nationaler Parlamente aus vielen verschiedenen Bereichen der parlamentarischen Arbeit.

Eine ausführliche Liste aller zwischen 2014 und 2015 mithilfe der Direktion für Beziehungen mit nationalen Parlamenten durchgeführten Besuche der Parlamente der Mitgliedstaaten finden Sie im Anhang III.

4.3. Videokonferenzen

Videokonferenzen bieten viele Möglichkeiten der interparlamentarischen Zusammenarbeit. In den letzten Jahren hat die Verwaltung des Europäischen Parlaments eine technische Lösung entwickelt, die Videokonferenzen mit hervorragender Bild- und Tonqualität sowie das Dolmetschen in mehrere Sprachen ermöglicht.

Videokonferenzen werden immer beliebter für die interparlamentarische Zusammenarbeit. Die Direktion für Beziehungen mit nationalen Parlamenten arbeitet eng mit den zuständigen technischen Diensten in der Verwaltung des Europäischen Parlamentes zusammen, um sicherzustellen, dass den offiziellen Institutionen und Mitgliedern der bestmögliche Dienst bereitgestellt wird. 2013 und 2014 führte das Europäische Parlament eine technische Umfrage durch, um Informationen über die Systeme für Videokonferenzen in den nationalen Parlamenten zu sammeln. Die Umfrage ergab, dass mehr als der Hälfte der nationalen Parlamentskammern Systeme für Videokonferenzen zur Verfügung standen.

Diese neue Technologie kann die interparlamentarische Zusammenarbeit auf viele verschiedene Weise unterstützen. Beispielsweise können Parlamentarier so zu einem speziellen Thema über einen längeren Zeitraum in Kontakt bleiben oder Diskussionen zu aktuellen Themen anberaumen, ohne dafür langwierige logistische Vorbereitungen zu treffen. Hier sind einige praktische Beispiele aus den letzten beiden Jahren:

- Die italienischen Mitglieder des europäischen Parlaments nutzten Videokonferenzen, um bei den Vorbereitungen auf die italienische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2014 in Kontakt mit dem italienischen Parlament zu bleiben.
- Während der Verhandlungen über den Mechanismus zur Bankenabwicklung im Februar 2014 diskutierte der Finanzausschuss des deutschen Bundestags dieses

wichtige Thema mit dem Berichterstatter für das Europäische Parlament und Schattenberichterstatter über Videokonferenz.

- Im Oktober 2015 lud der Ausschuss des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres eine Diskussion mit dem Ausschuss für EU-Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung, um die Flüchtlings- und Migrationskrise zu erörtern.
- Das Europäische Parlament und das Niederländische Parlament nutzten im Februar 2016 ebenfalls Videokonferenzen, als sie die interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftliche Koordination und Steuerung in der Europäischen Union vorbereiteten.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie die neuen Technologien die traditionellen Arten der interparlamentarischen Zusammenarbeit ergänzen können. Sie ersetzen nie vollständig die persönlichen Treffen aber sie sind zu einem nützlichen Instrument geworden, dessen ganzes Potenzial erst noch vollständig erforscht werden muss.

5. Frühwarnsysteme und der informelle politische Dialog

Protokoll Nr. 2, im Anhang zu den der EU Verträgen fixiert einen Überprüfungsmechanismus unter Einbeziehung nationaler Parlamente für Gesetzesentwürfe, die nicht unter die ausschließliche Kompetenz der Europäischen Union fallen, das so genannte „Frühwarnsystem“. Demzufolge können nationale Parlamente den Entwurf eines EU-Gesetzgebungsakts innerhalb von acht Wochen nach Übermittlung überprüfen und eine „begründete Stellungnahme“ einbringen, wenn sie der Auffassung sind, dass ein EU-Gesetzgebungsakt nicht mit den Subsidiaritätsprinzipien vereinbar ist. Das Protokoll legt ein Verfahren fest für eine verbindliche Überprüfung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts durch die ausstellende Institution, generell ist dies die Kommission, , wenn die Anzahl der eingegangenen begründeten Stellungnahmen eine gesetzte Grenze überschreiten (bekannt als die „gelben“ und „orangefarbenen“ Karten).

Daneben ist es gemäß Protokoll Nr. 1 im Anhang zu den EU Verträgen erforderlich, dass Konsultationspapiere (Grün- und Weißbücher sowie Mitteilungen) direkt von der Kommission an die nationalen Parlamente weitergeleitet werden. Nationale Parlamente kommentieren diese Dokumente häufig ebenfalls; im Europäischen Parlament wird dies generell als „Informeller politischer Dialog“ bezeichnet.

Frühwarnsystem

In den meisten Fällen gehen die schriftlichen Eingänge der nationalen Parlamente zu einem Entwurf eines Gesetzgebungsakts über die Frage der Subsidiarität hinaus, und erörtern die wesentliche Eignung der Vorschläge. Im Europäischen Parlament werden diese Einreichungen als „Beiträge“ bezeichnet.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 wurden mehr als 500 Entwürfe für Gesetzgebungsakte zur Überprüfung gemäß den Bedingungen in Protokoll Nr. 2, von der Kommission an die einzelstaatlichen Parlamente gesandt. Daraufhin wurden mehr als 2 000 Beiträge von nationalen Parlamenten eingesandt. Davon waren lediglich 300 (etwa 15 %) begründete Stellungnahmen, die einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip aufführen. Die große Mehrzahl (etwa 85 %) waren Beiträge, die sich mit dem Inhalt der Entwürfe befassten.

Dies beweist, dass nationale Parlamente dieses System nicht dazu genutzt haben, um den Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene zu verzögern. Bisher haben nationale Parlamente lediglich zweimal die erforderliche Grenze erreicht, welche das sogenannte „Gelbe Karte“-Überprüfungsverfahren herbeiführt: 2012 bei dem Entwurf für die „Monti II“-Verordnung zum Streikrecht, den die Kommission anschließend zurückzog (wenn auch nicht aufgrund der Subsidiarität), und 2013 im Falle der europäischen Staatsanwaltschaft, bei der die Kommission bei ihrem Entwurf blieb.

Die Anzahl neuer Entwürfe für Gesetzgebungsakten sank 2014 und 2015 beträchtlich; zunächst aufgrund der Übergangsphase im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament und dann als Ergebnis des zielorientierten politischen Programms der neuen Kommission. Daraus ergaben sich auch weniger Beiträge der nationalen Parlamente beim Europäischen Parlament. 2014 reichten nationale Parlamente 13 begründete Stellungnahmen und 138 Beiträge ein, 2015 waren es acht begründete Stellungnahmen und 82 Beiträge.

Wie bereits erwähnt, legten einige nationale Parlamente in den vergangenen Jahren Vorschläge vor, um das Frühwarnsystem zu verbessern, beispielsweise durch eine Erweiterung der 8-Wochen-Frist oder durch Hinzufügen einer Überprüfung des Proportionalitätsprinzips. Das Europäische Parlament brachte seine eigene Bewertung des Systems in seinen Beschluss vom 16. April 2014 über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ein („Casini-Bericht“). In seinem Beschluss teilte das Europäische Parlament unter anderem mit, man sei der Auffassung, „dass das Frühwarnsystem als eines der Instrumente für die Gewährleistung einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen europäischen und nationalen Instituten“ betrachtet werden sollte, dass es „die Tatsache begrüße, dass es als ein „Weg für Beratung und kooperativen Dialog zwischen den verschiedenen Instituten innerhalb des EU-Mehrebenensystems“ betrachtet werden sollte und dass man der Meinung sei, „dass begründete Stellungnahmen von den Institutionen nicht nur als Möglichkeit für einen besseren Überblick darüber gesehen werden sollten, wie die Ziele der Gesetzgebungsakte am besten erreicht werden können und fordert die Kommission auf, schnell und umfassend auf die von den nationalen Parlamenten eingereichten begründeten Stellungnahmen zu antworten“.

Detaillierte Statistiken für die begründeten Stellungnahmen und Beiträge, die im Rahmen des Frühwarnsystems 2014 und 2015 eingegangen sind, finden Sie in Anhang IV.

Informeller politischer Dialog

2014 und 2015 machten die nationalen Parlamente weiter aktiv Gebrauch von dem „Informellen politischen Dialog“. Durch diesen – wie der Name schon sagt, informellen – Kanal reichen sie Kommentare zu Gesetzesvorhaben ein, die unter die ausschließliche Kompetenz der Europäischen Union fallen und daher nicht Teil des Frühwarnsystems sind. Auch kommentieren sie eine Vielzahl nichtlegislativer Dokumente oder laufende Diskussionen auf Europäischer Ebene, beispielsweise Konsultationspapiere der Kommission. Seit 2009 hat das Europäische Parlament etwa 1 400 solcher Beiträge von nationalen Parlamenten erhalten, die in einer Datenbank im Intranet des Europäischen Parlaments veröffentlicht sind.

Initiative des Europäischen Parlaments – Reform des Wahlrechts der Europäischen Union

Am 11. November 2015 verabschiedete das Europäische Parlament den Vorschlag für einen Beschluss des Rats, mit den Bestimmungen über die Änderung des Akts hinsichtlich der

Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments über das allgemeine Wahlrecht (2015/0907(APP)), und übermittelte ihn nachfolgend an die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten.

Auf Initiative des niederländischen Abgeordnetenhauses richtete eine Gruppe nationaler Parlamente einen Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, in dem sie ihrer Besorgnis hinsichtlich der Unzulänglichkeiten in Bezug auf die Übermittlung des Vorschlags Ausdruck verliehen. In seiner Antwort ging Präsident Schulz auf diese Besorgnis ein und führte das Übermittlungsverfahren detailliert aus.

Überdies haben zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts 16 nationale Parlamente oder Parlamentskammern auf den Vorschlag des Europäischen Parlaments reagiert: Die tschechische Abgeordnetenkammer, der tschechische Senat, der niederländische Senat, das niederländische Repräsentantenhaus, das finnische Parlament, die französische Nationalversammlung, der französische Senat, die irischen Kammern des Oireachtas, (irisches Parlament), das litauische Parlament, das luxemburgische Parlament, das luxemburgische Abgeordnetenhaus, der polnische Sejm und der polnische Senat, das rumänische Abgeordnetenhaus, das schwedische Parlament sowie das britische Unter- und Oberhaus.

In seinen Antworten an die nationalen Parlamente dankte Kommissionspräsident Martin Schulz für ihre Beiträge, und erklärte, er werde diese an den zuständigen Ausschuss weiterleiten. Er unterstrich seine Überzeugung, dass damit wichtige Impulse zu den weiteren Überlegungen in dieser Angelegenheit geleistet würden. Der Präsident schrieb, es werde einen offenen Dialog zu diesem wichtigen Thema bei der Sitzung „Stärkung der Europäischen Union“ auf der kommenden Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU geben, die vom 22. bis 24. Mai 2016 in Luxemburg stattfindet. Außerdem betonte er, dass er und seine Kollegen sich darauf freuen würden, den wertvollen Dialogs zu diesem Thema in den nächsten Monaten mit nationalen Parlamenten fortzusetzen.

6. Instrumente zum Informationsaustausch und zur Vernetzung

6.1. Interparlamentarischer EU-Informationstausch

Auf der Webseite der Plattform Interparlamentarischer EU- Informationsaustausch (IPEX) tauschen die Parlamente der Europäischen Union EU-bezogene Dokumente und Informationen aus. Sie wurde als Antwort auf eine Empfehlung der Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (EU-PPK) geschaffen, die 2000 in Rom stattfand. Der offizielle Start erfolgte 2006 bei der EU-PPK in Kopenhagen. Seitdem tragen die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und die Kandidatenländer sowie das Europäische Parlament zu dem Austausch bei, indem sie Informationen zu EU-Angelegenheiten hochladen. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 wurde die Webseite im Juli 2011 komplett überarbeitet, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

In den vergangenen zwei Jahren wurde die Rolle von IPEX als wesentliches Instrument für die interparlamentarische Zusammenarbeit gefestigt. Beständige kleine Entwicklungen machten IPEX zunehmend zuverlässig als Datenbank und Netzwerk für den Austausch von Informationen unter den EU-Parlamenten. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man der

Vernetzung und den Nutzern von IPEX. Demzufolge wurden unterstützende Veranstaltungen in einigen nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament durchgeführt und im Januar 2015 fand eine erste IPEX Anwenderkonferenz in Kopenhagen statt.

In diesen beiden Jahren gab es jeweils auch zwei Vorsitze des IPEX, das litauische Parlament und das italienische Abgeordnetenhaus. Die Schwerpunkte der beiden Vorsitze waren die neuen IPEX-Richtlinien, die im April 2015 bei der EU-PPK in Rom verabschiedet wurden, die erste IPEX-Anwenderkonferenz in Kopenhagen, eine Diskussion über die Rolle von IPEX und verschiedene Verbesserungen an der Webseite. Die neuen Richtlinien führen eine turnusmäßig wechselnde Präsidentschaft des Boards ein, sodass alle Parlamente und Parlamentskammern die Möglichkeit haben, den Vorsitz zu übernehmen und durch die Leitung von IPEX ein größeres Gefühl der Gemeinsamkeit zu bekommen.

Die Diskussion über die Rolle von IPEX begann während der Litauischen Präsidentschaft. Es bestand der allgemeine Konsens, dass der Informationsaustausch auf alle EU-bezogenen Maßnahmen ausgeweitet und das Netzwerkelement durch die Nutzung aller bei IPEX verfügbaren Instrumente erweitert werden sollte. Dazu zählen beispielsweise Ad-hoc-Gremien und die Rubrik „Nachrichten aus den Parlamenten“. Bei ihren jährlichen Treffen 2014 und 2015 unterstützten und würdigten die Generalsekretäre der EU-Parlamente die Bemühungen, IPEX zu einem zuverlässigen parlamentarischen Instrument zu machen.

Die IPEX-Anwenderkonferenz machte deutlich, wie wichtig bekanntheitssteigernde Maßnahmen bei den parlamentarischen Bediensteten und in den Ausschüssen waren. In diesem Zusammenhang erwies sich die Rolle der Korrespondenten als wesentlich. Vor diesem Hintergrund ging es auf der jährlichen Sitzung der Korrespondenten, die im November 2015 in Wien stattfand, hauptsächlich um die Ausweitung und Verbesserung der Vernetzung und darum, wie die Ergebnisse der EU-PPK von 2015 und die Verbesserungsvorschläge aus der Anwenderkonferenz in Kopenhagen zugänglich gemacht und in die Tat umgesetzt werden können.

IPEX veröffentlicht derzeit 70 000 Seiten von nationalen Parlamenten, enthält über 10 000 von den EU-Institutionen erstellte Dokumente, die Thema parlamentarischer Behandlung sind, und ist mit fast 8 500 Dossiers verlinkt. 2015 belief sich die Gesamtanzahl legislativer und nichtlegislativer Dokumente in IPEX auf 805 (2014: 933).

2015 verzeichnete die IPEX-Webseite 234 480 einzelne Besucher. Diese Zahl liegt unter der von 2014, aber weit über den Werten von 2012 und 2013 (2014: 281 592, 2013: 201 538, 2012: 70 505). Die Anzahl der besuchten Seiten 2015 – fast 7 Millionen – stieg in demselben Maße wie 2012 und 2013 und wurde lediglich von dem Rekordergebnis des letzten Jahres übertroffen (2014: 10 515 505 besuchte Seiten, 2013: 5 364 448, 2012: 4.969.713).

6.2. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

Zu den Mitgliedern des vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam geführten EZPWD zählen 66 parlamentarische Kammern (davon 41 in der Europäischen Union) aus 54 Ländern sowie die europäischen Institutionen. Fast 120 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzwerks und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei, die in einem intensiven Austausch von Informationen und guten Praktiken bestehen.

Auch in den vergangenen beiden Jahren stellte das EZPWD eine einzigartige Quelle von vergleichende Informationen in Europa dar. Zu den wichtigsten Aktivitäten von EZPWD zählen Seminare und vergleichende Anfragen zu legislativen und parlamentarischen Fragen. Die EZPWD-Seminare werden von den Mitgliedsparlamenten abgehalten und finden in der Regel fünf- bis sechsmal pro Jahr statt. Als Teil der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erbrachte das EZPWD-Sekretariat kontinuierlich logistische Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen.

Im April 2015 organisierte das Europäische Parlament das erste EZPWD-Seminar seit langer Zeit. Die drei Generaldirektionen Innovation und technologische Unterstützung, Kommunikation und Präsidentschaft organisierten gemeinsam die 13. Ausgabe des Seminars „Parli@ments on the Net“ unter dem Titel „Kommunikation, Digitalisierung von Prozessen und Transparenz in Parlamenten“. An dieser Veranstaltung nahmen mehr als 80 Experten der nationalen Parlamente teil und das Feedback war sehr positiv.

Was die vergleichenden Anfragen angeht, richteten die EZPWD-Mitgliedsparlamente 2014 insgesamt 268 Anfragen zu legislativen- und parlamentarischen Angelegenheiten an das Netzwerk. Diese Zahl wurde 2015 mit 287 Anfragen noch übertroffen und rückte damit in die Nähe des Rekordwerts von 2012. 2014 führten diese Anfragen zu 6606 Antworten, während sich 2015 die Beiträge auf insgesamt 6530 beliefen. Diese Zahlen bestätigen nicht nur den anhaltenden Bedarf an Informationen seitens der Abgeordneten und Dienststellen der Parlamente, sondern führten auch zu einer beachtlichen Arbeitslast für das Netzwerk.

Das Europäische Parlament leistet den größten finanziellen Beitrag zum EZPWD, was das Personal, die Reisekostenerstattung für einige Mitgliedsparlamente und das Hosting der EZPWD-Website angeht. Im Gegenzug profitiert sich das Europäische Parlament aber auch stark vom Netzwerk, wenn die eigenen Dienststellen Informationen und bewährte Praktiken benötigen.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments unterstützt als Vermittler den jeweiligen Dienst bei der Bearbeitung der Anfragen. 2014 reichte sie fünf Anfragen beim Netzwerk ein, darunter zwei zu bewährten Praktiken in Parlamenten in Bezug auf das Lobbying. 2015 kam es zu einem signifikanten Anstieg der Anfragen des Europäischen Parlaments mit insgesamt 13 Anfragen. Diese Entwicklung kann durch größere Bekanntheit im Parlament und durch die konstante Nutzung der EZPWD-Dienste durch einige Hauptkunden erklärt werden. Von den 13 Anfragen bezogen sich zwei auf die Handhabung der finanziellen Interessen von MdEP und zwei auf Fragen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Immunität von MdEP. Außerdem wurden Anfragen zur Leistungsmessung und der strategischen Planung in Parlamenten im Kontext des

Rahmenprogramms zur strategischen Umsetzung gestellt. Eine Anfrage zur Folgenabschätzung in den Parlamenten ist als ein Beitrag zum Programm „Completing the Legislative Cycle“ (Vollendung des Legislativzyklus) zu sehen. Eine Anfrage zu rechtlichen Aspekten der Robotertechnik kann als ein Versuch betrachtet werden, andere Parlamente in der Europäischen Union ausfindig zu machen, die an ähnlichen Fragen arbeiten, um einen detaillierteren Informationsaustausch zu ermöglichen.

Ferner wurde die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten von anderen Diensten des Europäischen Parlaments in Bezug auf Informationen über nationale Parlamente kontaktiert. Diese Anfragen konnten mittels Rückgriff auf die auf der EZPWD-Website gespeicherten Daten beantwortet werden.

2014 koordinierte die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten 21 Antworten des Europäischen Parlaments auf Anfragen anderer Parlamente, hauptsächlich im Zusammenhang mit Verwaltungs- und Verfahrensfragen. 2015 wurden 20 Beiträge geleistet, die ebenfalls eine Vielzahl von Themen betrafen.

Außerdem wurde die EZPWD-Website weiterentwickelt. 2014 lag das Hauptaugenmerk der Arbeit auf der Umsetzung der Ergebnisse des Projekts „Comparative Parliamentary Data Project“ (Projekt zu vergleichenden parlamentarischen Daten). Seit 2015 werden in den „Parliamentary Factsheets“ (Parlamentarischen Datenblättern) für jedes Parlament an einem Ort alle verfügbaren wichtigen Informationen, Kontaktdaten und Informationen über die Tätigkeiten im Zusammenhang mit Anfragen und Antworten zusammengefasst. Auf diese Weise können Informationen über ein Parlament abgerufen werden, die nirgendwo sonst verfügbar sind.

Spotlight on Parliaments in Europe - Schlaglicht auf Parlamente in Europa

Im Jahr 2014 leitete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten auch einen neuen Informationsdienst, genannt „Spotlight on Parliaments in Europe“ (Schlaglicht auf Parlamente in Europa), ein. Ziel dieser Initiative ist es, die Vielzahl an Informationen der EZPWD-Antragsdatenbank zu nutzen und nicht nur die MdEP sondern auch andere spezifische Zielgruppen des Europäischen Parlaments im Hinblick auf Themen zu informieren, die eng mit ihrer aktuellen Arbeit verbunden sind. Im „Spotlight“ wird das Ergebnis ausgewählter vergleichender Analysen zusammengefasst, die zwischen EZPWD-Parlamenten ausgetauscht wurden. Es wurden seit Oktober 2014 acht Ausgaben auf maximal vier Seiten zu Fragen wie die Teilhaberechte von MdEP in Sitzungen nationaler Parlamente oder die Liste der sicheren Herkunftsländer gemäß den Asylgesetzen der Mitgliedstaaten herausgegeben. Die Reaktionen zu Beginn des Projektes waren positiv und ermutigend.

Eine detaillierte Liste der EZPWD-Sitzungen, vergleichender Anfragen des Europäischen Parlaments und ein Überblick über die Ausgaben von „Spotlight on Parliaments in Europe“, die 2014 und 2015 herausgegeben wurden, sind in Anhang V enthalten.

6.3. Andere Instrumente

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments arbeitet kontinuierlich daran, die Instrumente, die den MdEP und den Bediensteten zum Informationsaustausch und zur Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten zur Verfügung stehen, zu verbessern. Es folgen einige Beispiele der Arbeit der Direktion in den Jahren 2014 und 2015.

Connect - die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten verwaltet im Intranet des Europäischen Parlaments die Connect-Datenbank, die alle mit der EU in Verbindung stehenden Dokumente enthält, die von nationalen Parlamenten offiziell seit 2010 an das Europäische Parlament übermittelt wurden.

Derzeit haben MdEP, Assistenten, Fraktionen, Ausschussekretariate und andere Bedienstete des Europäischen Parlaments sowie in Brüssel tätige Vertreter der nationalen Parlamente Zugang zur Datenbank im Intranet des Europäischen Parlaments unter: <http://www.connect.ep.parl.union.eu>.

2014 startete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten ein größeres IT-Projekt zur Migration der Connect-Datenbank vom Intranet des Europäischen Parlaments auf eine öffentlich zugängliche Website: <http://www.europarl.europa.eu/relnatparl>. Es ist geplant, dass die neue Datenbank Ende 2016 oder Anfang 2017 verfügbar sein wird.

Programm zur Unterstützung des Parlaments des Vorsitzes

Das Europäische Parlament hat die intensive Zusammenarbeit zwischen seiner Verwaltung und derjenigen der nationalen Parlamente stets unterstützt. Die interparlamentarische Zusammenarbeit und der Austausch werden in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension einer jeden Präsidentschaft verstärkt. Wenn das Parlament eines Landes, das den wechselnden Vorsitz im Rat der Europäischen Union zum ersten Mal innehat, einen schriftlichen Antrag auf Unterstützung durch das Europäische Parlament bei der Vorbereitung seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des Ratsvorsitzes stellt, kann sich das Europäische Parlament unter Einhaltung der Beschränkungen eines vernünftigen Finanzmanagements an den Kosten des Programms beteiligen.

2014-2015 stimmte die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten einem Programm zur Unterstützung der Parlamente Lettlands und der Slowakei zu. Als Beitrag zum Erfolg der parlamentarischen Dimension der lettischen Präsidentschaft wurden verschiedene Besuche von Mitgliedern des lettischen Parlaments sowie Studienbesuche für Experten des lettischen Parlaments bei Ausschüssen und Diensten des Europäischen Parlaments organisiert. Außerdem stimmte das Europäische Parlament der Entsendung eines lettischen Bediensteten des Europäischen Parlaments an das COSAC-Sekretariat als Vertreter der COSAC-Präsidentschaft für einen Zeitraum von 18 Monaten zu.

Ähnliche Aktivitäten sowohl für Mitglieder als auch für Parlamentsbedienstete wurden im November 2015 zur Vorbereitung der anstehenden slowakischen Präsidentschaft organisiert. Auf der erfolgreichen und für beide Seiten nützlichen Erfahrung mit der Entsendung aufbauend, nahm das Europäische Parlament den Antrag des slowakischen Parlaments auf Entsendung eines slowakischen Bediensteten des Europäischen Parlaments an das COSAC-Sekretariat während der slowakischen COSAC-Präsidentschaft an.

Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse

Das vom Europäischen Parlament verwaltete Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse ist eine einzigartige und benutzerfreundliche Datenbank, die Informationen über alle Ausschüsse der nationalen Parlamente und des europäischen Parlaments enthält.

Ogleich sich die interparlamentarische Zusammenarbeit in den letzten Jahren intensiviert hat, ist die Identifizierung der richtigen Kontaktstellen der 41 nationalen parlamentarischen Kammern teilweise immer noch ein Problem. Aus diesem Grund überarbeitete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten 2014 das bereits seit geraumer Zeit bestehende „Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse“ von Grund auf und führte dieses einzigartige und benutzerfreundliche Suchinstrument erneut ein.

MdEP, Assistenten, Fraktionen, Ausschusssekretariate und andere Bedienstete des Europäischen Parlaments haben jetzt Zugang zum neuen Verzeichnis über das Intranet des Europäischen Parlaments <http://www.corcom.ep.parl.union.eu>, wo sie in kürzester Zeit eine Liste aller nationalen parlamentarischen Ausschüsse erzeugen können, deren politischer Aufgabenbereich dem entsprechenden Ausschuss des Europäischen Parlaments entspricht, wozu auch die Namen der Vorsitzenden des korrespondierenden Ausschusses, die Kontaktdaten des Sekretariats, Links zu den Websites der Ausschüsse usw. zählen.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten ist für die Verwaltung des Verzeichnisses zuständig, die Daten selbst stammen jedoch von den in Brüssel tätigen Vertretern der nationalen Parlamente. Ogleich zahlreiche Anstrengungen unternommen wurden, um die nationalen parlamentarischen Ausschüsse zu identifizieren, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments am meisten entsprechen, muss festgestellt werden, dass die Kompetenzen der parlamentarischen Ausschüsse nicht immer direkt vergleichbar sind.

Die in Brüssel tätigen Vertreter der nationalen Parlamente können das Verzeichnis direkt von den Computern in ihren Büros beim Europäischen Parlament aufrufen.

Wie generell bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit besteht das Ziel darin, die richtigen Menschen zum richtigen Zeitpunkt und zum richtigen Thema zusammenzubringen.

Vertreter der nationalen Parlamente in Brüssel

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten beherbergt die in Brüssel tätigen Vertreter der nationalen Parlamente und bietet ihnen Büros, Sitzungsräume und IT-Infrastruktur. Inzwischen haben alle EU-Mitgliedstaaten einen Vertreter ihres Parlaments in Brüssel. Eine aktualisierte Liste der Vertreter ist abrufbar unter „National Parliament contacts“ auf <http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/about/contacts.html>.

ANHÄNGE

ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten

Veranstaltung	Themen	Hauptreferenten/Podiumsredner
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC Athen, 26.-27. Juni 2014	<ul style="list-style-type: none"> • „Re-connecting Europe with its citizens: the role of the institutions“ (Ein bürgernahes Europa: die Rolle der Institutionen) • Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten • Prioritäten des griechischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union 	<ul style="list-style-type: none"> • Maroš ŠEFČOVIČ, Vizepräsident der Kommission und EU-Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung • Carlo CASINI, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, Berichterstatter des EP zu den Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten • Evangelos VENIZELOS, stellvertretender Premierminister, griechischer Außenminister
51. Plenarsitzung der COSAC, Athen, 15.-17. Juni 2014	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Stand des griechischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union • Aufgaben für die EU: die Krise in der Ukraine • Demokratische Legitimität und europäische Führung: Situation nach den Wahlen zum Europäischen Parlament • Treffen des COSAC-Frauenforums <ul style="list-style-type: none"> - Das weibliche Kapital vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise - Wirtschafts- und Finanzkrise: die Auswirkungen auf Frauen - Einbeziehung einer Geschlechterperspektive in die EU-Wachstumsstrategie • Überprüfung der europäischen Beschäftigungsstrategie • Investitionen in die 	<ul style="list-style-type: none"> • Antonis SAMARAS, Premierminister Griechenlands • Elmar BROK, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments • Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Constantinos TASSOULAS, MP, Vorsitzender des Instituts für Demokratie „Konstantinos Karamanlis“, Griechenland • Aikaterini SIDIROPOULOU - PAPAKOSTA, Vorsitzende des ständigen Sonderausschusses für Gleichberechtigung, Jugend und Menschenrechte des griechischen Parlaments • Prof. Marija Aušrinė PAVILIONIENĖ, MP, Koordinatorin des litauischen Parlaments zum COSAC-Frauenforum • László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration

	<p>europäische Jugend: Wege aus der Wirtschaftskrise</p> <ul style="list-style-type: none"> • Jugendgarantieprogramm: Bewährte Verfahren • Förderung der Kreativität und der unternehmerischen Initiative junger Menschen 	<ul style="list-style-type: none"> • Paulo MOTA PINTO, Vorsitzender des Ausschuss für europäische Angelegenheiten der Versammlung der Republik, Portugal • Silvia MODIG, MP, finnisches Parlament • Zanda KALNIŅA-LUKAŠEVICA, Vorsitzender des Ausschuss für europäische Angelegenheiten, lettisches Parlament
<p>Sitzung der Vorsitzenden der COSAC Rom; 17.-18. Juli 2014</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Prioritäten der italienischen Präsidentschaft und Perspektiven für die Europäische Union nach den Wahlen zum Europäischen Parlament • Europäische Struktur- und Investitionsfonds 2014-2020 	<ul style="list-style-type: none"> • Sandro GOZI, Staatssekretär der Präsidentschaft des Ministerrates, zuständig für europäische Angelegenheiten, Maroš ŠEFČOVIČ, Vizepräsident der Kommission und EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung • Graziano DELRIO, Staatssekretär der Präsidentschaft des Ministerrats, zuständig für regionale Kohäsionspolitik und Sport, Johannes HAHN, EU-Kommissar für Regionalpolitik
<p>52. Tagung der COSAC Rom, 30. November - 2. Dezember 2014</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Stand der italienischen EU-Ratspräsidentschaft der EU • Die Zukunft der supranationalen Demokratie fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon: Welche Rolle spielen die europäischen Institutionen und die nationalen Parlamente? • Überprüfung der Strategie Europa 2020: Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit • Aussichten der europäischen Integration: Globale Rolle der Europäischen Union und Projektion ihrer Politik im Mittelmeer und Osteuropa 	<ul style="list-style-type: none"> • Matteo RENZI, Präsident des italienischen Ministerrats • Frans TIMMERMANS, Erster Vizepräsident, Europäische Kommission, Danuta Maria HÜBNER, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, Europäisches Parlament, Lord Timothy BOSWELL, Vorsitzender des Unterausschuss für EU-Angelegenheiten, House of Lords, Vereinigtes Königreich, Marc ANGEL, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Chambre des Députés, Luxemburg • Pier Carlo PADOAN, italienischer Wirtschafts- und Finanzminister, Danielle AUROI, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Assemblée nationale, Frankreich, Gunther KRICHBAUM, Vorsitzender des EU-Ausschusses des deutschen Bundestags, Juan MOSCOSO DEL PRADO, Mitglied des Finanzausschusses und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Cortes Generales, Spanien • Ramón Luis VALCÁRCEL SISO, Vizepräsident, Europäisches Parlament, Claudio MARTINI, Mitglied des Ausschusses für EU-Politik, Senato della Repubblica, Italien, Lolita ČIGĀNE, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Saeima, Lettland, Sandro GOZI, Staatssekretär der Präsidentschaft des Ministerrates, zuständig für europäische Angelegenheiten

	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratische Kontrolle der europäischen Agenturen 	<ul style="list-style-type: none"> • Morten KJÆRUM, Direktor der EU-Agentur für Grundrechte und des European Agency Network für 2014, Sir William CASH, Vorsitzender des europäischen Kontrollausschusses, House of Commons, Vereinigtes Königreich
<p>Sitzung der Vorsitzenden der COSAC Riga, 2. Februar 2015</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Prioritäten der lettischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union und Perspektiven für die Europäische Union nach der Wahl der neuen Kommission • Ostpartnerschaft und anstehende Aufgaben 	<ul style="list-style-type: none"> • Zanda KALNIŅA-LUKAŠEVICA, Parlamentarische Staatssekretärin der Republik Lettland, Frans TIMMERMANS, Erster Vizepräsident der Kommission zuständig für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtecharta • Urban AHLIN, Präsident des schwedischen Riksdag, Edgars RINKĒVIČS, Außenminister der Republik Lettland, Ostap SEMERAK, erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Integration des ukrainischen Verkhova Rada
<p>53. Plenarsitzung der COSAC Riga, 31. Mai - 2. Juni 2015</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Stand des lettischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union • Energiepolitik der Europäischen Union: Stand der Arbeiten, Herausforderungen und Chancen • EU-Handelspolitik in den nächsten fünf Jahren: Fokus auf die EU-US-TTIP-Verhandlungen • Zukunft der parlamentarischen Kontrolle über die Angelegenheiten der Europäischen Union <ul style="list-style-type: none"> - Beteiligung der nationalen Parlamente am EU-Entscheidungsfindungsprozess: Aktueller Sachstand und Überblick über bestehende Instrumente - Grüne Karte: Wege zu einem verbesserten politischen Dialog - Mehrjähriges Arbeitsprogramm der Kommission und Rolle der 	<ul style="list-style-type: none"> • Laimdota STRAUJUMA, Premierministerin der Republik Lettland • Maroš ŠEFČOVIČ, Vizepräsident der Europäischen Union für die Energieunion, Jerzy BUZEK, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments, Petr HLOBIL, Vorsitzender der Green 10 • Cecilia MALMSTRÖM, EU-Kommissarin für Handel, Artis PABRIKS, Mitglied des Ausschusses für internationalen Handel des Europäischen Parlaments • Herman DE CROO, Mitglied des Flämischen Parlaments, Gunter KRICHBAUM, Vorsitzender des EU-Ausschusses des deutschen Bundestags. • Dominic HANNIGAN, Vorsitzender des gemeinsamen Ausschusses für europäische Angelegenheiten des Houses of the Oireachtas, Irland, Paolo TANCREDI, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für EU-Politik, Camera dei Deputati. • Maria João RODRIGUES, Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, Danielle AUROI, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Assemblée

	Parlamente	nationale, Frankreich
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC Luxemburg; 12.-13. Juli 2015	<ul style="list-style-type: none"> • Prioritäten des luxemburgischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union • Stärkung des politischen Dialogs durch Einführung einer „Grünen Karte“ und Verbesserung des Verfahrens der begründeten Stellungnahme („Gelbe Karte“) 	<ul style="list-style-type: none"> • Nicolas SCHMIT, Minister für Arbeit, Beschäftigung und Sozial- und Solidarwirtschaft • Paulo MOTA PINTO, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der portugiesischen Assembleia da República, Lord Timothy BOSWELL, Vorsitzender des EU-Ausschusses des britischen House of Lords, Frans TIMMERMANS, Erster Vizepräsident der Kommission zuständig für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta
54. Plenarsitzung der COSAC Luxemburg, 29. November - Dienstag, 1. Dezember 2015	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Politik im Asylbereich und Politik einer regulären Migration • Bekämpfung der irregulären Migration und Sicherheit der Außengrenzen • Eine Strategie für den digitalen Binnenmarkt in Europa • Erweiterungspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Gaston STRONCK, Direktor für internationale Wirtschaftsbeziehungen und europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Laura FERRARA, Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments, Jean-Pierre SCHEMBRI, Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) • Michele BORDO, Vorsitzender des Ausschusses für EU-Politik der Camera dei Deputati, Italien, Konteradmiral Hervé BLÉJEAN, stellvertretender Kommandeur EUNAVFOR MED • Andrus ANSIP, Vizepräsident der Kommission zuständig für den digitalen Binnenmarkt, Jean-Paul ZENS, Premier Conseiller de Gouvernement, Service des médias et des communications, Staatsministerium des Großherzogtums Luxemburg, Kalle PALLING, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des Riigikogu in Estland, Frau Angelika MLINAR, Mitglied des Europäischen Parlaments • Simon MORDUE, Direktor „Strategie und Türkei“, GD NEAR, Europäische Kommission, Kamal Izidor SHAKER, Vorsitzender des Ausschusses für EU-Angelegenheiten des Drzavni zbor in Slowenien, Gunther KRICHBAUM, Vorsitzender des EU-Ausschusses des Deutschen Bundestags

ANHANG II - Von Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel organisierte interparlamentarische Treffen

2014

Ausschuss des EP	Veranstaltung	Teilnahme			
		Nationale Parlamente			EP
		Mitglieder	Parlamente	Kammern	Mitglieder
ECON/ EMPL/ BUDG	20.-22. Januar <u>Europäische Parlamentarische Woche</u> Interparlamentarische Konferenz zur wirtschaftlichen Steuerung der Europäischen Union (Artikel 13 Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag))* Die Zyklen des Europäischen Semesters 2013 und 2014	136	28	41	58
	18. Februar <u>Parlamentarisches Forum</u> unter der Schirmherrschaft von Miguel Angel Martínez und Othmar Karas, Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten: „EU Parliaments in global Steuerung“ (Die Parlamente der EU im Kontext der „Global Governance“)	28	15	16	8
FEMM	5. März <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Prävention von Gewalt gegen Frauen – eine Herausforderung für alle“	34	20	22	8
LIBE	19. März <u>Gemeinsame Ausschusssitzung:</u> „Future Priorities in the Field of Civil Liberties, Justice and Home Affairs“ (Künftige Prioritäten im Bereich der bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres)	37	24	19	60
ECON	23. September <u>Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten:</u> „The 2014 cycle of the European Semester“ (Der Zyklus des Europäischen Semesters 2014)	18	9	11	47
AFET	1.-2. Dezember <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „The EU external action agenda - Western Balkans“ (Die außenpolitische Agenda der EU - Westlicher Balkan)	43	27	34	98

2015

Ausschuss des EP	Veranstaltung	Teilnahme			
		Nationale Parlamente			EP
		Mitglieder	Parlamente	Kammern	Mitglieder
ECON/ EMPL/ BUDG	2.-4. Februar <u>Europäische Parlamentarische Woche</u> Die Zyklen des Europäischen Semesters 2014-2015 Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion*	112	28	42	73
LIBE	23.-24. Februar <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Paket Intelligente Grenzen: Europäische Herausforderungen, nationale Erfahrungen, künftige Vorgehensweise“	25	16	20	40
JURI	26. Februar <u>Workshop:</u> „Civil law and justice forum: Cross-border activities in the EU - Making life easier for citizens“ (Forum	11	11	11	5

	Zivilrecht und Justiz: Grenzüberschreitende Aktivitäten in der EU - Vereinfachung des Lebens für Bürger)				
FEMM	5. März <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Empowering women and girls through education“ (Stärkung von Frauen und Mädchen durch Bildung)	34	17	26	16
ENVI	30. März <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Von COP 21 Paris bis 2050: Ein Fahrplan für ein innovatives, emissionsarmes und ressourcenschonendes Europa“	47	21	27	44
AFET	4.-5. Mai <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „The Review of the European Neighbourhood Policy - Outlook at the June 2015 European Council on Defence“ (Die Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik - Ausblick auf den Europäischen Rat über Verteidigungspolitik)	35	20	26	48

		Teilnahme			
		Nationale Parlamente			EP
Ausschuss des EP	Veranstaltung	Mitglieder	Parlamente	Kammern	Mitglieder
LIBE	28.-29. Mai <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Conference on the Democratic oversight of intelligence services in the EU“ (Konferenz über die demokratische Kontrolle von Nachrichtendiensten in der EU)	34	17	21	36
TAXE	17. Juni <u>Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten:</u> „Aggressive Tax Planning and Democratic Control: Role of Parliaments“ (Aggressive Steuerplanung und demokratische Kontrolle: Die Rolle der Parlamente)	39	18	20	42
PETI	23. Juni <u>Anhörung mit nationalen Parlamenten:</u> „The Right to Petitions“ (Das Petitionsrecht)	7	6	6	18
ECON	15. September <u>Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten:</u> „The 2015 cycle of the European Semester“ (Der Zyklus des Europäischen Semesters 2015)	18	11	12	32
LIBE	23. September <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Migration (in context of the situation in the Mediterranean and the need for a holistic approach)“ (Migration (im Kontext der Situation im Mittelmeer und der Bedarf an einem ganzheitlichen Ansatz)	37	17	19	47
TRAN	13. Oktober <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Trans-European transport network (TEN-T) including cross-border links“ (Transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN-T) einschließlich grenzüberschreitende Verbindungen)	30	14	17	23
DEVE	13. Oktober <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Unfulfilled Millennium Development Goals and the implementation of the newly-agreed Sustainable Development Goals“ (Verfehlt Milleniumsentwicklungsziele und Umsetzung der neu vereinbarten Nachhaltigen Entwicklungsziele)	12	7	8	17
AFET	10. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Proxy wars in the MENA region and follow up to the June European Council of Defence, including the EU Global Strategy for Foreign and Security Policy“ (Stellvertreterkriege in der MENA-Region und Folgemaßnahmen zum Europäischen Rat über Verteidigungspolitik sowie die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU)	20	13	16	71
AFCO	19. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „The future institutional evolution of the Union:	20	13	14	26

	enhancing political dialogue between EP and national Parliaments and reinforcing the scrutiny over the executive at European level“ (Die künftige institutionelle Entwicklung der Union: Förderung des politischen Dialogs zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten und Stärkung der Kontrolle über die Exekutive auf europäischer Ebene)				
CULT	3. Dezember <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Education and youth policy“ (Bildungs- und Jugendpolitik)	18	11	12	23

* In diesem Überblick sind die interparlamentarischen Konferenzen mit den Titeln aufgeführt, die zum jeweiligen Zeitpunkt aus den offiziellen Sitzungsprogrammen hervorgingen. Am 10. November 2015 nahm die Interparlamentarische Konferenz ihre Geschäftsordnung an, der Folgendes zu entnehmen ist: „Die Konferenz erhält entsprechend Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion die Bezeichnung "Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union", im Folgenden als "Interparlamentarische Konferenz für die SWKS" bezeichnet.“

ANHANG III - Besuche der nationalen Parlamente beim Europäischen Parlament

Aus diesem Überblick gehen alle Besuche beim Europäischen Parlament hervor, die mit Unterstützung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments organisiert wurden sowie alle Videokonferenzen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten, die mit der Unterstützung der Direktion organisiert wurden. Diese Liste der Besuche von Mitgliedern oder Beamten der nationalen Parlamente beim Europäischen Parlament erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Sofern nichts anderes angegeben ist, beziehen sich alle Daten auf Besuche auf politischer Ebene (so bezieht sich z. B. „Ausschuss für europäische Angelegenheiten“ auf einen Besuch von Mitgliedern dieses Ausschusses, während „Beamte des Ausschusses für Regionalentwicklung“ sich auf einen Besuch von Bediensteten bezieht).

2014

Datum	Land / Kammer	Ausschuss / Sonstige
08.01.2014	UK - House of Lords	Fachausschuss
08.01.2014	IE - Houses of the Oireachtas	Ausschuss für Arbeitsplätze, Unternehmen und Innovation
20.01.2014	UK - House of Lords	Unterausschuss für Inneres
21.01.2014	SE - Riksdag	Ausschuss für Sozialversicherung
22.01.2014	FI - Eduskunta	Ausschussangestellte
28.01.2014	UK - House of Lords	Unterausschuss für Inneres
11.02.2014	IE - Houses of the Oireachtas	Gemeinsamer Ausschuss für EU-Angelegenheiten
11.02.2014	UK - House of Commons	Ausschuss für die Prüfung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz
17.02.2014	NL - Tweede Kamer	Besuch eines Mitglieds des Parlaments
20.02.2014	UK - House of Commons	Beamte
05.03.2014	IT - Senato IT - Camera dei Deputati	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (Videokonferenz) Ausschuss für europäische Angelegenheiten (Videokonferenz)
27.-28.03.2014	DK - Folketinget	Beamte des Sekretariats des Ausschusses für EU-Angelegenheiten
01.04.2014	DK - Folketinget	Besuch von Eva Kjer Hansen, Vorsitzende des Ausschusses für EU-Angelegenheiten
03.04.2014	SE - Riksdag	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
03.-04.04.2014	UK - House of Commons	Beamte
15.05.2014	AT - Nationalrat	Beamte der Parlamentsdirektion
05.06.2014	AT - Nationalrat	Besuch des Leiters des Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftlichen Dienstes der Parlamentsdirektion
23.06.2014	UK - House of Lords	Besuch zur Einführung in die EU-Institutionen (Beamte)
25.06.2014	UK - Westminster Foundation for Democracy	Delegation von Beamten der Ostafrikanischen Legislativversammlung - EALA
27.06.2014	LV - Saeima	Vorbereitung der lettischen Präsidentschaft (Videokonferenz)
08.09.2014	NL - Tweede Kamer	Besuch von Anouchka van Miltenburg, Präsidentin
11.-12.09.2014	AT - Nationalrat	Beamte der Abteilung Besucher und Veranstaltungen der Parlamentsdirektion
24.-25.09.2014	UK - House of Lords	EU-Wirtschafts- und Finanzunterausschuss
30.09.2014	SE - Riksdag	Beamte des Ausschusses für Verteidigung und des Ausschusses für Industrie und Handel
01.-02.10.2014	DK - Folketinget	Beamte des Ausschusssekretariats
06.-07.10.2014	DK - Folketinget	Beamte des Ausschusssekretariats
09.10.2014	LV - Saeima	Besuch von Zanda Kalniņa – Lukaševica, Vorsitzende

		des Ausschusses für EU-Angelegenheiten
15.10.2014	EE - Republik Estland	Besuch von Toomas Hendrik Ilves, Präsident der Republik Estland
31.10.2014	NL - Tweede Kamer	Beamte
03.-04.11.2014	FI - Eduskunta	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
04.-05.11.2014	UK - House of Lords	Unterausschuss für den Binnenmarkt
10.11.2014	NL - Tweede Kamer	Beamte
11.-12.11.2014	Nordischer Rat	Umweltausschuss
12.-13.11.2014	UK - House of Lords	Beamte
13.11.2014	SE - Riksdag	Beamte der Kommunikationsabteilung
13.11.2014	UK-IE - British-Irish Parliamentary Assembly	Ausschuss für europäische Angelegenheiten
13.-14.11.2014	UK - House of Commons	Beamte des Ausschusses für Regionalentwicklung
17.-18.11.2014	IE - Houses of the Oireachtas	Beamte
18.-19.11.2014	UK - House of Lords	Unterausschuss für Inneres, Gesundheit und Bildung
19.11.2014	FR - Assemblée nationale	Verteidigungsausschuss und Rechtsausschuss
19.-20.11.2014	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
19.-20.11.2014	UK - House of Commons	Ausschuss für Umwelt, Ernährung und den ländlichen Raum
19.-20.11.2014	CZ - Poslanecká Snemovna	Wahlausschuss
03.12.2014	IT - Camera dei Deputati	Besuch von Rosy Bindi, Vorsitzende, und anderer Mitglieder des Anti-Mafia-Untersuchungsausschusses des Parlaments
04.12.2014	SE - Riksdag	Beamte des EU-Informationsreferats
09.12.2014	IT - Camera dei Deputati	Abfalluntersuchungsausschuss
09.12.2014	LV - Saeima	Besuch der Vorsitzenden der Ausschüsse für Haushalt, Soziales, Europäische Angelegenheiten und Wirtschaft
09.12.2014	SI - Državni Zbor	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
11.12.2014	DE - Bundestag	EU-Ausschuss
12.12.2014	NL - Tweede Kamer	Beamte
12.12.2014	PL - Sejm	Delegation von Mitgliedern des Parlaments

2015

Datum	Land / Kammer	Ausschuss / Sonstige
19.01.2015	DK - Folketinget	Beamte
19.01.2015	LV - Saeima	Ausschuss für europäische Angelegenheiten
20.01.2015	FR - Sénat	Besuch von Jean Bizet, Vorsitzender, und Simon Sutour, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten
21.01.2015	NL - Tweede Kamer	Besuch eines Mitglieds des Parlaments
21.01.2015	CY - House of Representatives	Ausschuss für Flüchtlinge, Enklaven, vermisste und benachteiligte Personen
21.01.2015	FR - Assemblée nationale	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
21.-22.01.2015	NL - Tweede Kamer	Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt
21.-22.01.2015	FI - Eduskunta	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
22.01.2015	UK - House of Commons	Ausschuss für öffentliches Rechnungswesen
22.01.2015	Nordischer Rat	Delegation von Mitgliedern
26.01.2015	FR - Assemblée nationale	Besuch von Danielle Auroi, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten
26.01.2015	IT - Senato und Camera dei Deputati	Beamte
28.01.2015	UK - House of Commons	Energie und Klimawandel
28.01.2015	ES - Cortes Generales	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
28.-29.02.2015	HU - Nationalversammlung	Beamte
02.02.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
04.02.2015	DE - Bundestag	Sportausschuss

05.02.2015	FR - Sénat und Assemblée nationale	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
16.-17.02.2015	AT - Nationalrat	Verantwortlich
25.02.2015	IE - Houses of the Oireachtas	Gemeinsamer Ausschuss für Justiz, Verteidigung und Gleichheit
02.-04.03.2015	PL - Sejm	Beamte des Amts für Korrespondenz und Information des Kanzleramts
03.03.2015	UK - House of Commons und House of Lords	Trilaterale Sitzung mit Mitgliedern der beiden Häuser des britischen Parlaments und britischen MdEP
04.03.2015	DE - Bundestag	Verkehrsausschuss
05.03.2015	FR - Assemblée nationale	Ideen-Ausschuss über Recht und Freiheiten im digitalen Zeitalter
11.03.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für europäische Angelegenheiten
17.03.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für Wirtschaft
17.03.2015	SE - Riksdag	Verteidigungsausschuss
23.03.2015	NL - Tweede Kamer	Finanzausschuss
23.03.2015	SE - Riksdag	Versammlung der Union für den Mittelmeerraum
24.03.2015	FR - Sénat	Ausschuss für europäische Angelegenheiten
24.03.2015	SE - Riksdag	Ausschuss für EU-Angelegenheiten
30.03.2015	NL - Tweede Kamer	Besuch von Anouchka van Miltenburg, Präsidentin
30.03.2015	FR - Assemblée nationale	Besuch von Elisabeth Guigou, Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
06.04.2015	DE - Bundestag	Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
13.-14.11.2015	UK - House of Commons	Beamte der Bibliothek
14.04.2015	SI - Državni Zbor	Besuch von Kamal Izidor Shaker, Vorsitzender des Ausschusses für EU-Angelegenheiten Uršula Zore Tavčar Generalsekretärin, und Jerneja Bergoč, stellvertretende Generalsekretärin Mitglieder des Parlaments
16.04.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für europäische Angelegenheiten
16.04.2015	UK - House of Commons	Beamte
20.04.2015	NL - Tweede Kamer	Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt
22.04.2015	DK - Folketinget	Dänische/grönländische Delegation von Mitgliedern des Parlaments
24.04.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für soziale Angelegenheiten
28.04.2015	FR - Sénat	Besuch von Gérard Larcher, Präsident
04.05.2015	DE - Bundestag	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
06.05.2015	IT - Senato	Ausschuss für EU-Angelegenheiten (Videokonferenz)
07.05.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten
12.05.2015	IE - Houses of the Oireachtas	Beamte
12.05.2015	SE - Riksdag	Verfassungsausschuss
12.-13.05.2015	HU - Nationalversammlung	Beamte des Kulturausschusses
13.05.2015	FR - Assemblée nationale	Rechtsausschuss
18.05.2015	FR - Sénat	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
19.-20.05.2015	SE - Riksdag	Beamte der Regierungsstellen
26.-28.5.2015	RO - Camera Deputaților	Besuch von Cristian-Adrian Panciu, Generalsekretär
28.-29.05.2015	UK - House of Commons	Besuch zur Einführung in die EU-Institutionen (Beamte)
15.06.2015	SE - Riksdag	Ausschuss für Verkehr und Kommunikation
23.06.2015	DE - Bundestag	Ausschuss für Tourismus
23.-24.06.2015	DE - Bundestag	Rechtsausschuss
30.06.2015	IT - Senato	Delegation von Beamten
02.07.2015	SK - Nationalrat	Besuch von Daniel Guspan, Generalsekretär des Kanzleramts
02.07.2015	UK - House of Lords	Unterausschuss für EU-Angelegenheiten EU-Energie- und Umweltunterausschuss Unterausschuss für den EU-Binnenmarkt

06.07.2015	NL - Tweede Kamer	Besuch von Anouchka van Miltenburg, Präsidentin
07.07.2015	FR - Assemblée nationale	EU-Ausschuss
14.07.2015	UK-IE - British-Irish Parliamentary Assembly	Ausschuss für Wirtschaft
16.07.2015	NL - Tweede Kamer	EU-Ausschuss
02.-03.09.2015	UK - House of Lords	Besuch von Baroness Scott of Needham Market, Mitglied des Parlaments
08.09.2015	FR - Assemblée nationale	Finanzausschuss
14.-15.09.2015	FI - Eduskunta	Delegation von neuen Mitgliedern des Parlaments
16.-17.09.2015	FI - Eduskunta	Delegation von neuen Mitgliedern des Parlaments
17.09.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
17.09.2015	SE - Riksdag	Kulturausschuss
21.09.2015	DE - Bundestag	Entwicklungsausschuss
21.09.2015	NL - Tweede Kamer	EU-Ausschuss
22.09.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für nachhaltige Entwicklung; Finanzausschuss; Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
29.-30.09.2015	AT - Nationalrat	Besuch von Karlheinz Kopf, zweiter Präsident
29.-30.09.2015	UK - House of Lords	Besuch zur Einführung in die EU-Institutionen (Beamte)
12.-13.10.2015	FI - Eduskunta	Delegation von neuen Mitgliedern des Parlaments
13.10.2015	FR - Assemblée nationale	Delegation von Mitgliedern des Parlaments (Videokonferenz)
14.-15.10.2015	FI - Eduskunta	Delegation von neuen Mitgliedern des Parlaments
20.10.2015	IE - Houses of the Oireachtas	Beamte der Abteilung für Arbeitsplätze, Unternehmen und Innovation
27.10.2015	NL - Tweede Kamer	Besuch von Mark Harbers, Delegationsleiter (Videokonferenz)
10.11.2015	UK - House of Lords	Unterausschuss für den EU-Binnenmarkt
10.11.2015	SE - Riksdag	Ausschuss für Gesundheit und Wohlfahrt
12.11.2015	SE - Riksdag	Beamte der Kommunikationsabteilung
16.11.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für soziale Angelegenheiten
18.-19.11.2015	RO - Senat	Besuch von Ovidiu Liviu Dontu, Präsident, und anderen Mitgliedern des Ausschusses für Verfassungsfragen, bürgerliche Freiheiten und Überwachung der Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
25.-26.11.2015	CZ - Senát	Delegation von Mitgliedern des Parlaments
30.11.2015	NL - Tweede Kamer	Besuch von Anouchka van Miltenburg, Präsidentin
02.12.2015	EE - Riigikogou	EU-Ausschuss
02.12.2015	FR - Assemblée nationale	Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten
07.12.2015	FR - Assemblée nationale	Finanzausschuss
07.-08.12.2015	IT - Camera dei Deputati	Besuch von Laura Boldrini, Präsidentin
08.12.2015	DE - Bundestag	Kinderkommission

ANHANG IV - Daten zum Frühwarnmechanismus

Der Rechtsausschuss, der für Fragen in Zusammenhang mit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Parlament verantwortlich ist, hat folgende Begriffsbestimmungen für Dokumente ausgearbeitet, die von nationalen Parlamenten eingehen:

- „**Begründete Stellungnahmen**“ sind Dokumente, aus denen hervorgeht, dass ein Entwurf eines Rechtssetzungsaktes nicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz vereinbar ist, und die beim Europäischen Parlament unter Einhaltung der Frist von acht Wochen gemäß Protokoll Nr. 2 Artikel 6 des Vertrags von Lissabon eingegangen sind.
- „**Beiträge**“ sind alle anderen Dokumente, die die Kriterien für begründete Stellungnahmen nicht erfüllen.

Von nationalen Parlamenten 2014 und 2015 eingegangene Dokumente					
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Begründete Stellungnahmen		Beiträge	
		2014	2015	2014	2015
Österreich	Nationalrat	1	0	2	0
Österreich	Bundesrat	5	0	0	3
Belgien	Chambre des Représentants	0	0	0	2
Belgien	Sénat	0	0	0	0
Bulgarien	Narodno Sabranie	0	0	0	1
Kroatien	Hrvatski Sabor	0	0	1	1
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0	0	0	2
Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	0	1	2	1
Tschechische Republik	Senát	1	1	10	6
Dänemark	Folketing	0	0	0	0
Estland	Riigikogu	0	0	0	0
Finnland	Eduskunta	0	0	0	1
Frankreich	Assemblée Nationale	0	0	2	6
Frankreich	Sénat	1	0	0	1
Deutschland	Bundestag	0	0	0	0
Deutschland	Bundesrat	0	0	4	4
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0	0	0	0
Ungarn	Országgyűlés	0	1	0	0
Irland	Houses of Oireachtas	0	0	1	1
Italien	Camera dei deputati	0	0	9	4
Italien	Senato	0	0	32	13
Litauen	Seimas	1	0	1	0
Luxemburg	Chambre des Députés	1	0	1	1
Lettland	Saeima	0	0	1	0
Malta	Kamra tar-Rappreżentanti	0	0	1	0
Niederlande	Tweede Kamer	1	1	1	1
Niederlande	Eerste Kamer	0	0	0	0
Polen	Sejm	0	0	0	1
Polen	Senat	0	0	4	1
Portugal	Assembleia da República	0	0	25	8
Rumänien	Camera Deputaţilor	0	1	8	7
Rumänien	Senatul	0	0	0	5
Spanien	Cortes	0	1	31	10
Schweden	Riksdagen	1	1	0	0
Slowenien	Državni Zbor	0	0	0	0
Slowenien	Državni Svet	0	0	0	0
Slowakei	Národná rada	0	1	0	2
Vereinigtes Königreich	House of Commons	1	0	1	0
Vereinigtes Königreich	House of Lords	0	0	1	0
GESAMT		13	8	138	82

Diese Tabelle enthält nur die Dokumente der nationalen Parlamente, die als Antwort auf die Entwürfe von Legislativakten übermittelt wurden, die gemäß Protokoll 2 des Vertrags von Lissabon übermittelt wurden. Sie umfasst nicht die Dokumente, die als Antwort auf nichtlegislative Konsultationsdokumente, Grünbücher oder Weißbücher (d. h. im Rahmen des „informellen politischen Dialogs“) eingegangen sind.

ANHANG V - Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

A. Anfragen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments das EZPWD-Netzwerk in den Jahren Jahr 2014 und 2015 mittels vergleichender Anfragen konsultiert haben:

2014

- Nutzung von Mobilfunkgeräten und Lösungen für die Mobilität (Tablet-Erhebung)
- Erhebung über die Vereinbarkeit von Arbeitsleben und Privatleben für Bedienstete der Dienste, die sich mit Legislativaufgaben befassen
- Vorschriften betreffend die Kontakte zwischen Bediensteten von Parlamenten und Lobbyisten/Interessenvertretern
- Rechtsetzung im Bereich der Interessenvertretung (Lobbying) in den EU-Mitgliedstaaten
- Gebärdensprachenverdolmetschung bei Veranstaltungen des Parlaments

2015

- Erklärung zu den finanziellen Interessen von Mitgliedern des Parlaments in Verbindung mit ihrer Tätigkeit als Anwälte
- Positive Diskriminierung in Parlamenten
- Parlamentarische Praxis und Organisation im Zusammenhang mit der (Ex-Ante-) Folgenabschätzung und der (Ex-Post-) Evaluierung
- Besondere Aspekte der auf Anfragen zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität anwendbaren Verfahren
- Leistungskennzahlen in Parlamenten
- Überprüfung der Erklärung der finanziellen Interessen von Mitgliedern des Parlaments und Mechanismen zur Konfliktprävention
- Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung von Robotertechnik und künstlicher Intelligenz
- Umsetzung der strategischen Planung in Parlamenten
- Mutterschaftsurlaub für Mitglieder des Parlaments
- Verfahren in nationalen Parlamenten zur Bewertung der Folgen von Rechtsetzungsvorschlägen zu Grundrechten
- Aufhebung der parlamentarischen Immunität eines MP
- Für einzelne Mitglieder tätige parlamentarische Assistenten: Vorschriften zur Behandlung von Konflikten und Belästigung
- Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung von Robotertechnik und künstlicher Intelligenz (Aktualisierung)

B. EZPWD-Seminare und satzungsgemäße Sitzungen in den Jahren 2014 und 2015

Veranstaltung	Ort	Datum
Seminare im Jahr 2014		
Strukturen und Verfahren in Bezug auf den Verhaltenskodex für MdP und in Bezug auf die Integrität der Parlamentsmitarbeiter	Skopje	8.-9. Mai 2014
Zunehmende Einkommensungleichheit und demokratische Stabilität	London	5.-6. Juni 2014
Stenografische Berichte: Hansard im 21. Jahrhundert	Ljubljana	5.-6. Juni 2014
Vom E-Parlament zum Smart-Parlament: Verbesserung der Beteiligung der Bürger unter Verwendung von Web-Technologien und sozialen Medien? Und wie können parlamentarische	Rom	12.-13. Juni 2014

Geschäftsordnungen die Transparenz und die Teilhabe fördern?		
Das E-Parlament in Aktion: Bewährte IKT-Praktiken in Bezug auf strategische Planung, Informationssicherheit, Mobilität und Cloud Computing	Podgorica	6.-7. November 2014
Statutarische Sitzungen im Jahr 2014		
Sitzung des Exekutivausschusses	Berlin	27.-28. März 2014
Sitzung des Exekutivausschusses	Tallinn	4.-5. September 2014
Konferenz der Parlamentspräsidenten (und Sitzung der Generalsekretäre zu EZPWD)	Oslo	11.-12. September 2014
Jahreskonferenz der Korrespondenten	Belgrad	16.-18. Oktober 2014
Seminare im Jahr 2015		
Kommunikation, Digitalisierung von Prozessen und Transparenz in Parlamenten (Parli@ments on the Net XIII)	Brüssel, Europäisches Parlament	16.-17. April 2015
Einige wesentlichen Themen für Parlamente in Europa: Haushaltspolitik und Verbesserung der Rechenschaftspflicht, der sozialen Sicherheit und des technologischen Fortschritts	Warschau	28.-29. Mai 2015
Öffentliche Teilnahme am Verfahren der Ausarbeitung und Verabschiedung von Gesetzen	Zagreb	11.-12. Juni 2015
Bibliotheken und Forschungsdienste im Dienste der Offenheit und Transparenz des Parlaments	Budapest	24.-25. September 2015
Praktische Aspekte, Vorteile und Nachteile der parlamentarischen Systeme mit einer und mit zwei Kammern	Den Haag	5.-6. November 2015
E-Parlament - IKT-Dienste von überall und jederzeit: Neue Herausforderungen und Projekte	Ankara	5.-6. November 2015
Statutarische Sitzungen im Jahr 2015		
Sitzung des Exekutivausschusses	Rom	26.-27. März 2015
Sitzung des Exekutivausschusses	Straßburg	10.-11. September 2015
Jahreskonferenz der Korrespondenten	Bern	10.-17. Oktober 2015

C. Spotlight on Parliaments in Europe - Schlaglicht auf Parlamente in Europa

Teilhaberechte von MdEP in Sitzungen nationaler Parlamente

Schlaglicht Nr. 1 - Oktober 2014

Überprüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch nationale Behörden im Rahmen des Europäischen Semesters

Schlaglicht Nr. 2 - November 2014

Kontrolle der Nutzung von EU-Strukturfonds durch nationale Parlamente

Schlaglicht Nr. 3 - Januar 2015

Die rechtlichen Grundlagen für die Teilnahme von nationalen Parlamenten in EU-Fragen

Schlaglicht Nr. 4 - März 2015

Finanzhilfe und Unterstützungsdienste für Asylbewerber in der ganzen EU

Schlaglicht Nr. 5 - März 2015

Parlamentarische Überprüfung im Gebiet der Freiheit, Sicherheit und Justiz, insbesondere in Bezug auf den Datenschutz

Schlaglicht Nr. 6 - Juni 2015

Liste der sicheren Herkunftsländer gemäß den Asylgesetzen der Mitgliedstaaten

Schlaglicht Nr. 7 - September 2015

Debatten und Aktivitäten in nationalen Parlamenten zum Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA

Schlaglicht Nr. 8 - Dezember 2015

NATIONALE PARLAMENTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN

März 2016



direkt gewählt



indirekt gewählt / ernannt / sonstige

 Belgique/België/ Belgien BELGIEN Kamer van Volksvertegen- woordigers/ Chambre des Représentants/ Abgeordneten-kammer 150  Senaat - Sénat - Senat 60 	 България BULGARIEN Народно Събрание (Narodno Sabranie) 240 	 Česká Republika TSCHECHISCHE REPUBLIK Poslanecká Sněmovna 200  Senát 81 	 Danmark DÄNEMARK Folketing 179 
 Deutschland DEUTSCHLAND Deutscher Bundestag 630  Bundesrat 69 	 Eesti ESTLAND Riigikogu 101 	 Éire/Ireland IRLAND Dáil Éireann 158  Seanad Éireann 60 	 Ελλάδα GRIECHENLAND Βουλή των Ελλήνων (Vouli Ton Ellinon) 300 
 España SPANIEN Congreso de los Diputados 350  Senado 208  58 	 France FRANKREICH Assemblée nationale 577  Sénat 348 	 Hrvatska KROATIEN Hrvatski Sabor 151 	 Italia ITALIEN Camera dei Deputati 630  Senato della Repubblica 315  5 
 Κύπρος ZYPERN Βουλή των Αντιπροσώπων ¹ (Vouli Antiprosopon) 56 	 Latvija LETTLAND Saeima 100 	 Lietuva LITAUEN Seimas 141 	 Luxembourg LUXEMBURG Chambre des Députés 60 
 Magyarország UNGARN Országgyűlés 199 	 Malta MALTA Il-Kamra Tad-Deputati 69 	 Nederland NIEDERLANDE Tweede Kamer 150  Eerste Kamer 75 	 Österreich ÖSTERREICH Nationalrat 183  Bundesrat 61 
 Polska POLEN Sejm 460  Senat 100 	 Portugal PORTUGAL Assembleia da República 230 	 România RUMÄNIEN Camera Deputatilor 379  Senat 168 	 Slovenija SLOWENIEN Državni Zbor 90  Državni Svet 40 
 Slovensko SLOWAKEI Národná Rada 150 	 Suomi/ Finland FINNLAND Eduskunta 200 	 Sverige SCHWEDEN Riksdagen 349 	 United Kingdom VEREINIGTES KÖNIGREICH House Of Commons 650  House Of Lords ² 815 

Quellen: EYPWD, die von der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erstellten Kurzdarstellungen über die nationalen Parlamente, die Datenbank „Parline“ der IPU, Eigenrecherche, 14.3.2016 | ¹ Weitere 24 Sitze sind Mitgliedern der türkischen Gemeinschaft Zyperns vorbehalten, jedoch aufgrund der politischen Lage auf der Insel derzeit nicht besetzt | ² Mitglieder des britischen Oberhauses, Mitgliederverzeichnis auf der Website des Oberhauses, Stand vom 14.3.2016.



RELNATPARL@EP.EUROPA.EU

WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL